

Preis der Einzelnummer (im Ausland Kř 2.-) Kř 1.40

Bezugspreis im Quartal (im Ausland Kř 24.-) Kř 18.-

Table with exchange rates for various countries like Argentina, Belgium, Bulgaria, etc.

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Table with exchange rates for various countries like Lithuania, Luxembourg, Norway, etc.

Schuwaffe gegen „Vorwärts“

Ein hessischer Bluterlaß: Wer den „Vorwärts“ verbreitet, wird erschossen

Am Dienstag vor dem 12. November wurde in Darmstadt folgendes amtlich bekannt gemacht:

„Wie das Staatspresseamt mittelt, wurden am Montagabend in Friedberg einige Exemplare des in Prag gedruckten „Neuen Vorwärts“, herausgegeben von der im Ausland befindlichen SPD-Litung, gefunden. Da vermutet wird, daß frühere Angehörige der SPD und KPD als Verbreiter in Frage kommen, wurde eine größere Anzahl SPD- und KPD-Funktionäre — darunter auch eine Frau — festgenommen und nach Osthofen in das Konzentrationslager gebracht. Auch in Gießen sind ähnliche Drucksachen gefunden worden, die von der SPD herausgegeben worden sind. Die Bevölkerung und besonders ehemalige Angehörige der SPD und KPD werden bei dieser Gelegenheit aufgefordert, beim Auftauchen derartiger Flugblätter oder, wenn solche ihnen mit der Post oder sonstwie zugesandt werden, diese sofort bei der Polizeibehörde zwecks Meldung schwerer Strafen abzuliefern. Die Polizeibehörden haben die Anweisung, gegen Flugblattverbreiter der SPD und KPD mit den schärfsten Maßnahmen, auch mit Schuwaffe, vorzugehen.“

Die Verhaftungen im ehemaligen Freistaat Hessen sind durch den presseamtlichen Bericht selbst als Geiselnhaftungen gekennzeichnet. Die Polizei konnte der wirklichen „Missetäter“, die den „Vorwärts“ verbreitet hatten, nicht habhaft werden — also verhaftete sie wahllos und zum Zwecke der Abschreckung ehemalige Funktionäre der Sozialdemokratischen, sowie auch der Kommunistischen Partei. Daß im Dritten Reich wegen Verbreitung des „Vorwärts“ sogar auch Kommunisten als Geiseln verhaftet werden, ist kennzeichnend für jenen grundsätzlichen Verzicht auf jede Logik, der das Wesen des herrschenden Systems ausmacht. Bei all seinen Taten liegen Grauen und Gelächter eng nebeneinander.

Unschuldige werden für die Verbrechen des „Neuen Vorwärts“ durch Verlust ihrer Freiheit für unbestimmte Zeit bestraft. Gegen die sozusagen „Schuldigen“ aber wird ein generelles Todesurteil erlassen, das ohne weiteres Anklage- und Prozeßverfahren sofort zu vollstrecken ist. Die Polizeibehörden haben die Anweisung, gegen die Verbreitung derartiger Druckschriften mit den schärfsten Maßnahmen, auch mit der Schuwaffe vorzugehen.

Verbreitung des „Neuen Vorwärts“ wird in Hessen mit dem Erschießen bestraft. Das wird fünf Tage vor dem 12. November amtlich bekanntgegeben!

Trotzdem stimmen 64.000 hessische Wähler gegen das Regime!

Hessen ist nicht Ostpreußen oder Pommern. Es ist ein Land mit alter politischer Kultur. Wie Bayern, Württemberg und Baden ist es ein bewußt und betont unpreußisches Land. Sinn für Freiheit gehört zu den Stammeseigentümlichkeiten; ein allen Bevölkerungsschichten gemeinsames Volksbewußtsein mildert die Schär-

fen zwischen Höheren und Niederen, zwischen Herrschern und Beherrschten.

Das war einmal! Heute ist der „demokratische Süden“ dem militaristischen Norden gleichgeschaltet, und das Darmstadt von 1933 ist nichts anderes als das Potsdam von 1733. Barbarische Gleichmacherei vereinigt alle Stämme der deutschen Nation auf demselben Niveau der Bestialität. Der politische Gegner ist nicht mehr der

wir zahlreich aus allen Gegenden des Reiches erhalten, wissen sehr wenig von Freilassungen, desto mehr aber von Massenverhaftungen an allen Ecken und Enden, von Brutalitäten ohne Maß und Ziel.

Die bürgerliche Welt ist müde geworden, von diesen Dingen zu reden oder zu hören. Sie nimmt sie bestenfalls mit höflichem Bedauern als unabänderliche Tatsachen hin. Gäbe es nicht das internatio-

hätte das nicht erfinden können! Keine Phantasie reicht dazu aus. Es ist das System selbst, das seine Greuelnachrichten produziert. Und nur dort, wo es von Erschießen, Erhängen und Köpfen spricht, gibt es sich, wie es ist, nur dort läßt es nicht, nur dort verstellt es sich nicht. Vor etwa zwei Jahren wurde die Welt durch jene „Boxheimer Dokumente“ überrascht, in denen sich der Geist des Dritten Reiches offenbarte. Auch sie kamen aus Hessen. Damals leugnete man die Echtheit — man war ja damals so „legal“ wie man heute „pazifistisch“ ist — aber heute sind die Greuel, die in der „Privatarbeit des Dr. Best“ angekündigt worden waren, durch die Wirklichkeit tausendfach überholt.

Wie groß muß aber die Angst der Machthaber sein, welche entsetzliche Furcht müssen sie vor der Wahrheit haben, wenn sie sich gegen sie nicht anders zur Wehr zu setzen wissen, als durch die tückischen Waffen der legalisierten Meuchelmorde!

„Ideen sind am Ende immer stärker als Kanonen“, sagte schon Napoleon. Und so sind Zeitungen, die den Mut zur Wahrheit haben am Ende immer stärker als alle Karabiner und alle Revolver der SA.

Darum erst recht und trotz alledem: „Vorwärts“!

Sachsenburg gegen Hitler

Sensationelles Wahlergebnis in einem Konzentrationslager.

Das Lager Sachsenburg hat unter den Konzentrationslagern des Dritten Reiches schon immer eine Sonderstellung eingenommen. Die Behandlung der Gefangenen war dort weniger brutal als in anderen Lagern. Menschenwürde und Menschenrecht der Gefangenen wurden dort nicht so barbarisch mit Füßen getreten wie sonst fast überall. So konnte sich auch das Unwahrscheinliche ereignen, daß es am 12. November in Sachsenburg eine richtig geheime Wahlhandlung gab, die von den Häftlingen kontrolliert wurde. Das Ergebnis war

516 Nein und 460 Ja.

Zu diesen 460 Ja-Stimmen gehören offenbar die meisten Stimmen der Lagerwache, die eine Stärke von ungefähr 300 Mann hat. Die Belegschaft des Lagers zählte 750 Mann, wovon etwa 100 unter 20 Jahre alt, also nicht wahlberechtigt waren.

Daß das Wahlergebnis mit seiner klaren Mehrheit gegen Hitler wie ein Donnerschlag wirkte, versteht sich von selbst. Augenblicklich setzte ein strengeres Regime ein, ein Rauchverbot und ein Spielverbot waren die ersten Strafen, die über die Gefangenen verhängt wurden, weil sie es mit ihren Staatsbürgerrechten ernst genommen hatten.

Heute ist ganz Deutschland ein Konzentrationslager. Aber ein Konzentrationslager nicht wie Sachsenburg, sondern wie Dachau und Börgermoor. Wie die Abstimmung ausgefallen wäre, wenn die Deutschen noch ein freies Volk wären, zeigt trotz alledem Sachsenburg.



„Auch mit Schuwaffe vorzugehen“

Volksgenosse, der gleichberechtigte Mitmensch, den man mit geistigen Waffen bekämpft, er ist Freiwild, das sich in Höhlen verkriechen muß, um leben zu können, und das man, wo es sich zeigt, mit wohlgezielten Schüssen erledigt.

Die französische „Havas“-Agentur hat neulich dem Regime den Gefallen getan, von einer bevorstehenden „Amnestie“ zu reden. Seitdem wird diese Phrase von der Weltpresse gedankenlos nachgebetet. Amnestie von wem, für wen, für was? Ist es eine „Amnestie“, wenn eine Verbrecherbande von einigen zehntausend unschuldigen Menschen, die sie widerrechtlich gefangenhält, ein paar Hundert laufen läßt, um sie bei der nächsten Gelegenheit wieder zu holen? Und wen hat man überhaupt freigelassen? Die Berichte, die

nale sozialistische Proletariat, so fände der Schrei der getretenen Kreatur bald kein Echo mehr.

Mag es so sein — aber man widerstehe wenigstens der Versuchung, die Taten des Regimes gefällig zu verschönen, indem man von „Amnestie“ redet! Amnestie heißt soviel wie Vergessen — aber was hätten die heutigen Machthaber Deutschlands sonst zu vergessen als die Verbrechen, die sie selber begangen haben und die sie mit jedem Tage neu begehen? Für diese Verbrechen darf es kein Vergessen geben und wird es keines geben!

Tod durch Erschießen für Verbreitung oppositioneller Druckschriften fünf Tage vor einer Volksabstimmung und Reichstagswahl — auch der Todfeind des heutigen Systems

# Stahlhelm wider Hakenkreuz

## Illegale Literatur der Schwarz-Weiß-Roten

In Deutschland zirkulieren seit einiger Zeit hektographierte Briefe, die weder von Sozialdemokraten, noch von Kommunisten stammen. Sie sind unzweideutig schwarz-weiß-roter Herkunft, im Geiste des noch nicht gleichgeschalteten Stahlhelms gehalten und machen für eine „soziale Monarchie“ Propaganda. Wir geben aus einem dieser Briefe eine der wesentlichsten Stellen wieder, um zu zeigen, wie scharf selbst von ganz rechts gerichteten Kreisen das heute herrschende System des Verbrechertums erkannt und beurteilt wird.

... Seldte hat, indem er seine Diktatur über den Stahlhelm erklärte und ihn dem Führer des Nationalsozialismus unterordnete, sein eigenes Geschöpf verleugnet und eine nie mehr zu überbrückende Kluft zwischen sich und dem Stahlhelm aufgerissen. Stahlhelmgelbst und Diktatur sind ebenso unaufhebbare Widersprüche wie sittliche Freiheit und äußerer Zwang. Da aber von der großen Masse der Stahlhelmer diese Diktatur innerlich nicht anerkannt und

### Seldte als Verräter

nicht nur Dusterbergs, sondern des Stahlhelms überhaupt, abgelehnt, ja verachtet wird, lebt heute seine Schöpfung in der Gefolgschaft der im Stahlhelmgelbst erzogenen Führer der unteren Einheiten fort. Und nichts spricht mehr für die tiefe sittliche Kraft, die im Stahlhelm lebendig ist, als daß dieser Stahlhelmgelbst die ununterbrochene Kette von Krisen, die kaum mehr erträglichen Demütigungen, ja selbst die letzte Katastrophe, die Unterstellung des Wehrstahlhelms unter die SA, und damit die Auflösung und Zerreißung des Stahlhelms, also Dinge überstanden hat, an denen jeder andere Verband zugrunde gegangen wäre. Seit dem März haben die Unterführer des Stahlhelms keinen ruhigen Tag gehabt.

### Die hinterhältige Taktik des Nationalsozialismus — bei dem alles Taktik, Technik, Mechanik, Agitation, Reklame, Propaganda, Massenwahnpolitik ist

— der Zermürbungs- und Entnervungskrieg hat sie fast täglich vor neuen Lagen und damit vor innere Entscheidungen gestellt, sie von einer inneren Aufregung in die andere geworfen. Die Nächte mußten immer aufs neue zu Führerbesprechungen herhalten, heute hier, morgen dort. An den Abenden mußten sie sich ihren Gefolgschaften stellen, um sie aufzuklären, zu beruhigen, sie hinzuhalten und immer wieder zu überzeugen, daß der Weg ihrer Führer der Richtige ist. Am Tage war der Beruf zu erfüllen — denn im Stahlhelm gibt es keine bezahlten, berufsmäßigen Funktionäre. Sie haben alle Schwierigkeiten zum Trotz ihre Linie durchgehalten und haben sich als Männer von innerer Wahrhaftigkeit und von Charakter so entschieden, daß nichts von dem Wesentlichen, nicht von dem, was Stahlhelmgelbst ausmacht, preisgegeben wurde. Der Stahlhelm und Stahlhelmgelbst lassen sich nicht vernichten, sie lassen sich nicht zerstören, weil sie existieren einzig und allein aus der sittlichen Entscheidung der Männer, die sie bilden und verkörpern — und nicht aus Agitation, aus

### mystischer Vergottung eines Menschen

aus Zwang und nur äußerer Disziplinierung. Alle vom Nationalsozialismus geschaffenen Einrichtungen beruhen dagegen auf Zwang und fordern Unterwürfigkeit und Selbstaufgabe der freien sittlichen Persönlichkeit, ihnen fehlt jedes deutsch-genossenschaftliche Element. Ihre Grundlage ist das Gegenteil von Gemeinschaftsgeist und echter Selbstverwaltung.

### Methoden und Formen nationalsozialistischer Gesellschaftsgestaltung sind dem bolschewistischen Rußland und dem faschistischen Italien entlehnt.

Beide sind extremste Gegensätze zu dem, was deutschen Geistes, was deutscher Seele, deutschen Volkstums ist.

Die schädigsten Mittel der Denunziation, der wirtschaftlichen Benachteiligung, der Ausschließung von der freien Mitwirkung am Staatsaufbau und an jeglicher öffentlicher Betätigung, kommen zur Anwendung, die gleichen schädigen Mittel, die der Politik gegen das deutsche Brudervolk Oesterreich das traurige Gepräge geben.

### Schützhelm und Konzentrationslager

sind die bereits alltäglich gewordenen Mittel gegenüber allen — gleichgültig aus welchem Lager, die es wagen, auch nur im geringsten anderer Meinung zu sein, als die nationalsozialistischen Machthaber. Der Tscheka des Bolschewismus entspricht in Deutschland die geheime Staatspolizei, wohl das unwürdigste Instrument, dessen sich die Politik und gar erst ein Staat bedienen kann. Gegen diese Methoden der Verhaftung unbehaglicher Men-

schen, des Konzentrationslagers, der Geheimen Staatspolizei, die barbarisch und unwürdig sind, muß sich echtes deutsches Empfinden auflehnen.

### Es ist der Gipfel der Gemeinheit, Männer nur darum in das Konzentrationslager zu sperren, weil sie politische Gegner sind

und nach ihrer Ueberzeugung (die man gewiß als falsch, ja verderblich ablehnen kann, aber darum längst nicht als Anlaß zur Bestrafung wie gemeine Verbrecher zu nehmen braucht), Politik getrieben und gehandelt haben (wie man es mit Führern der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften tat) oder weil sie in Ausübung ihrer Aemter mehr Geld verdienten, als es von den heutigen Machthabern für angemessen gehalten wird (so die Geschäftsführer des Rundfunks), oder weil sie irgendeine von der der Machthaber abweichenden Meinung zu vertreten den Mut hatten (so jene 4 nationalsozialistischen Hauptleute aus der Umgebung des Reichswirtschaftskommissars Wagener oder jener SA-Sturmabteilungsleiter, der bei der SA-Führung wegen Ueberlastung der SA, mit Propagandamärschen vorstellig geworden war). Und es ist der Gipfel der Gemeinheit, die Methoden des Konzentrationslagers mit sadistischen Hohn öffentlich als Mittel zur Gemeinschaftserziehung, der Erziehung zum Dienst am Gemeinwohl zu verherrlichen.

Ein guter Teil dessen, was bisher geschah, atmet den Geist primitiver Rachsucht. Die Unzahl der kleinen Geister, welche diejenigen aus dem anderen Lager verdrängt und sich an ihre Stelle gesetzt haben und die in ihrer Summe das gegenwärtige System verkörpern, schweigen seit Monaten in kleinlicher Rachsucht und kühlen ihr Mütchen an denen, die mit Gewalt wehrlos gemacht worden sind.

### Ist das mannhaft und deutsch?

Ein intelligenter und nicht wie die meisten unkritischer Nationalsozialist, der mit Göring und Heß persönlich Fühlung hat, übermittelte mir eine Aeußerung von Heß: Man müsse mit der nun einmal bestehenden Massenpsychose rechnen, gegen die der Intellekt der besser informierten und verantwortlichen Führer nichts ausrichten kann. Ist das wirklich die Meinung verantwortlicher Führer, dann bedeutet das die Kapitulation des Geistes vor dem Ungeist der Höherwertigen vor den Minderwertigen.

Man erhob den nationalsozialistischen Totalitätsanspruch,

### an dem Deutschland zugrunde gehen wird,

wenn nicht zur rechten Zeit seine Ueberwindung gelingt. Denn er steht in unaufhebbarer Widerspruch zur deutschen Seele, zum deutschen Wesen, zu den innersten Kräften, die die deutsche Geschichte bestimmen. Die Mittel dieses Weges sind die der demagogischen Demokratie, sein Erfolg die Demagogie,

### die Pöbelherrschaft.

Die Formen des Wahlkampfes, deren sich seit Harzburg der Nationalsozialismus bediente, stellen den bis dahin unerreichten Gipfel demokratisch-parlamentarischer Methoden dar. Die nationalsozialistischen Wahlversammlungen und die in ihnen gehaltenen Reden bewegten sich auf einem vergleichlosen Niveau geistig-politischer Minderwertigkeit, und den Vogel schossen hierbei die höchsten Spitzen ab.

### So etwas Widerwärtiges und Tiefstehendes wie die Göttsche Versammlungsreportage, ganz abgestellt auf den minderwertigen Massengeschmack, hat man in Deutschland niemals vorher erlebt.

Aber: der Zweck heiligt die Mittel. Und dann, als der Sieg errungen war, folgte

### Treubruch auf Treubruch.

Zunächst ging der Angriff gegen den Stahlhelm, und hier gelang alles leicht, weil Seldte den kühnsten der nationalsozialistischen Gegenspieler nicht gewachsen und innerlich hilflos war. Die prachtvollen Menschen des Stahlhelms wurden um einen schädigen Min-

stersitz an die wahrhaft-echt „deutsch-sittliche“ Person des Herrn Röhm verkauft. Auch hier: der Zweck heiligt die Mittel. Ohne diesen teuflischen Grundsatz könnte

### ein Kerl mit dem Vorleben Röhrs

nicht eine entscheidende Rolle mit dem verheißenden neuen Deutschland der Sittenreinheit spielen. Dann ging es gegen Eugen Berg, der sittliche Größe und Charakter genug besaß, um eher zu fallen, als von seiner Ueberzeugung abzulassen. Und dieses Schicksal eines echt deutschen, niedersächsisch-protestantischen Mannes ist symbolisch. Wer innerlich fest, aufrichtig, anständig, charaktervoll ist, für den ist in diesem Deutschland des Nationalsozialismus kein Platz. Er muß abtreten, damit für die

### Charlatane wie Darré und Feder

Platz wird.

Die Ausschließung oder Zurücksetzung aller anderen Kräfte macht, da sie sachlich nicht zu begründen ist, ihre Diffamierung und Bekämpfung notwendig und so kommt es dazu, daß in die eigentlich zusammengehörenden Kräfte des Volkes das tödliche Gift der Verbitterung, der Zwietracht, der Feindschaft hineingetragen wird, ja, daß unfähige und moralisch zweifelhafte Parteimitglieder schwache und minderwertige Charaktere nur darum, weil sie aus Opportunität, Feigheit oder aus sonst höchst bedenklichen Motiven Nazis geworden sind, vor ihnen bevorzugt werden, die den Mut haben, ihre Bedenken gegen den Parteinationalsozialismus bekennen, oder die zu stolz und zu ehrlich sind, um ihre Ueberzeugung zu opfern. Und diese Erscheinungen, die wie

### ein zersetzendes Gift im deutschen Volke

wirken müssen, führen mich zu der Forderung,

## Geheimerlaß zur Sozialpolitik

### Verbot, von höheren Löhnen zu reden

Auf keinem Gebiet hat sich die Nazi-Demagogie mehr ausgetobt als auf dem der Sozialpolitik. Aufhebung der Brüning'schen Notverordnungen war das mindeste, was das anbrechende Dritte Reich bringen wollte. Erhöhung der Löhne, Vierzigstundenwoche ohne Lohnabzug, Herabsetzung der Massensteuern, Sicherung und Verlängerung des Urlaubs und was es sonst an rosiger Arbeiterzukunft geben kann, folgten. Seit Hitler zur Macht gelangt war, wurde die Erinnerung an die eigenen Versprechungen täglich unerwünschter. Und jetzt liegt folgendes vertrauliches Rundschreiben auf unserem Arbeitstisch:

### Deutsche Arbeitsfront (folgt Name der Berufsorganisation.)

Im Gesamtverband der Deutschen Arbeiter, Rundschreiben Nr. ... Berlin, im Oktober 1933.

### An alle Dienststellenleiter.

Nachstehend gebe ich Ihnen eine Anweisung des Leiters des Amtes für Sozialpolitik Pp. Pepler der Deutschen Arbeitsfront bekannt:

### Ich verbiete hiemit

allen in der Sozialpolitik tätigen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront, in Reden, Vorträgen, Artikeln usw. irgendwelche Erklärungen zu machen, wie: Wir Nationalsozialisten werden den Wochenlohn einführen, wir werden die Urlaubszeit verlängern,

wir werden für höhere Löhne sorgen und ähnliches. Durch solch unverantwortliches Treiben werden in den Reihen der Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront Hoffnungen erweckt, die zur

### Verwirrung und Unruhe

führen. Der politische Gegner wird sich solche Versprechungen sehr sorgfältig notieren und wird die Arbeitskameraden höhnisch danach fragen, wann denn diese Versprechungen nun endlich verwirklicht werden. Das Programm der Partei ist das Programm

des Regime des Nationalsozialismus durch die Monarchie zu ersetzen — nicht eine solche von Hitlers Gnaden, sondern die Monarchie aus dem mutigen Eigenwillen eines vom Reichsheer gerufenen und emporgehobenen Monarchen.

In summa: Ich lehne das nationalsozialistische Regime, das Deutschland in einen halb bolschewistischen, halb faschistischen Zuchtstaat umgewandelt hat, ab.

Ich lehne ein Regime ab, das seine Herrschaft rücksichtslos auf die Unterdrückung der freien sittlichen Persönlichkeit und auf der

### brutalen Unterdrückung jeder Geistes- und Meinungsfreiheit

aufbaut, wie sie sich in der verlogenen Uniformierung der neuen deutschen Presse am widerwärtigsten spiegelt. Ich verwerfe ein Regime, das offenbar den nur halb verstandenen Visionen nachhelfert, wie sie Ernst Jünger in seinem Buche „Arbeiter“ niedergelegt hat, und deren Verwirklichung Deutschland in ein bolschewistisches Reich umzuwandeln droht, das

### nur Tyrannen und Sklaven

duldet. Ich schauere vor einem Regime, das einen wahren Götzendienst in einer reklamehaften Verherrlichung einer kleinen Gruppe von Männern nicht nur duldet, sondern selbst betreibt, deren Charaktere höchst zweifelhaft, deren Ziele undeutsch und deren Mittel verwerflich sind, und deren beherrschender Grundsatz die teuflische Maxime ist: „Der Zweck heiligt die Mittel.“

(Woher der Briefschreiber eine Monarchie nach seinem Herzen nehmen will, nachdem sich das Hohenzollernhaus längst dem System der Gemeinheit „gleichgeschaltet“ hat, verrät er nicht! Red. d. N. V.)

der Deutschen Arbeitsfront und umgekehrt. Andere programmatische Erklärungen kennen wir nicht.

Zuständig für den Abschluß von Tarifverträgen sind nach dem Gesetze der Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933, RGB. I S. 285, die Treuhänder der Arbeit. Zur Entlastung der Arbeit der Treuhänder der Arbeit soll die Vorarbeit der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront dienen. Die Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront müssen sich darüber klar sein, daß sie

### nicht einseitig Interessen zu vertreten

haben, sondern daß sämtliche Gruppen der Wirtschaft in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert sind. Eine Fühlungnahme der Verbände der Unternehmer und der Arbeitnehmer für unverbindliche Vorbesprechungen in tariflicher Angelegenheit sind an sich nicht unstatthaft, sollen aber tunlichst nicht ohne Kenntnis der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront vorgenommen werden. Es ist

### in keinem Fall gestattet,

daß Verbände unter Umgehung der Bezirksleiter der D. A. direkte Fühlung mit dem Treuhänder der Arbeit aufnehmen.

Diese Richtlinien sind unbedingt zu befolgen.

### Heil Hitler!

Folgt Stempel und Unterschrift des Verbandsleiters.

Wir selbst würden dieses Dokument für eine sozialpolitische „Greuelmeldung“ halten, wenn wir uns nicht von seiner Echtheit überzeugt hätten. „Es ist verboten, von Lohnerhöhungen zu reden — Heil Hitler!“ Das ist in neuen Worten alles, was von den versprochenen sozialen Herrlichkeiten des Dritten Reiches übrig geblieben ist. „Der politische Gegner“, von dem man trotz aller Ausrottung immer noch filterliche Angst zu haben scheint, wird sich das notieren.

# Frick-Erlaß gegen SA.

## Ein Notschrei des Reichsinnenministers gegen die vollkommene Rechtsunsicherheit in Deutschland

In Deutschland herrschen Zustände, die zum Himmel schreien. Privatpersonen nehmen sich heraus, das Gesetz zu brechen, sie pfeifen auf die Anordnungen der Behörden, rufen außenpolitische Konflikte hervor und verüben Unrecht in jeder Form. Sie fürchten keine Strafe, denn sie fühlen sich durch die Parteiuniform, die sie tragen, geschützt.

Der Erlaß des Reichsinnenministers Frick, vom 6. Oktober, den wir wiederzugeben in der Lage sind, ist „Greuelmeldung“ in konzentrierter Form. Er bestätigt alle Anklagen, die in der zensurfreien Presse außerhalb Deutschlands gegen das heutige Regime erhoben worden sind. Hier der Wortlaut:

Der Reichsminister des Innern  
I A 2000/29. 9. Berlin, d. 6. Okt. 1933

Trotz der wiederholten Kundgebungen des Herrn Reichskanzlers und trotz meiner zahlreichen Rundschreiben sind in den letzten Wochen

immer wieder neue Uebergriffe unterer Führer und Mitglieder der SA gemeldet worden. Insbesondere haben SA-Führer und SA-Männer selbständig polizeiliche Handlungen vorgenommen, zu denen ihnen entweder überhaupt die Befugnis fehlte, oder die sie in einer Weise ausgeführt haben, die mit den bestehenden Gesetzen und den Anordnungen der nationalsozialistischen Regierung nicht vereinbar sind. Auf diese Weise ist kürzlich sogar die Exterritorialität des Botschafters einer auswärtigen Macht

von eigenmächtig handelnden SA-Männern schwer verletzt und dadurch die Außenpolitik der Regierung in Mitleidenschaft gezogen worden.

Diese Uebergriffe und Ausschreitungen müssen endgültig aufhören. Ich mache es den Herren Reichsstatthaltern, den Landesregierungen und allen nachgeordneten Behörden zur Pflicht, daß gegen solche Uebergriffe und gegen jeden Versuch eines unzulässigen Eingriffes mit aller Schärfe eingeschritten wird. Soweit Mitglieder der SA von den zuständigen Behörden nicht ausdrücklich als Hilfspolizisten oder als Hilfsbedienstete im Grenzdienst eingestellt sind, stehen ihnen irgendwelche polizeiliche Befugnisse überhaupt nicht zur Verfügung. Jedes polizeiliche Vorgehen der SA hat daher in Zukunft unter allen Umständen zu unterbleiben. Wo es ausnahmsweise notwendig wird, bei einzelnen Aktionen Mitglieder der SA zur Unterstützung der Polizei heranzuziehen, dürfen sie nie selbstständig, sondern nur in Anwesenheit und nur unter Aufsicht der Polizei und lediglich nach den Weisungen des polizeilichen Führers tätig werden. Für die Anwendung und die Handlungen solchen zur Unterstützung zugezogenen SA-Leute

trägt der Führer des Polizeikommandos die Verantwortung.

Auch Hilfspolizisten und Hilfszollgrenzbeamte dürfen ihren Dienst grundsätzlich nur zusammen mit einem Beamten versehen. Nur bei genauer Beobachtung dieser Anordnungen kann wirksam verhindert werden, daß getarnte Provokateure zum Schaden der SA und des nationalsozialistischen Staats in Tätigkeit treten.

Auch sonst darf der Dienst der nationalsozialistischen Staatsverwaltung und der polizeilichen Exekutive durch unzulässige Eingriffe der SA in keiner Weise mehr gestört werden. Derartige Eingriffe dürfen sich die Behörden nicht heuzen.

Strafbare Handlungen von Mitgliedern der SA sind nachdrücklich zu verfolgen. Die Beamten dürfen nicht das Gefühl haben, daß ihnen daraus irgendwelche Nachteile entstehen könnten.

Es erscheint mir notwendig, hierauf die Polizei- und Gerichtsbehörden besonders hinzuweisen.

Es darf nicht wieder vorkommen, daß in Fällen, in denen Mitglieder der SA unzweifelhaft strafbare Handlungen begangen haben, die Täter angeblich nicht ermittelt worden können oder auch wenn es sich um gewöhnliche Straftaten handelt, die mit dem Kampf um die nationale Erhebung nichts zu tun hatten außer Verfolgung gesetzt wurden.

Ein solches Vorgehen liegt ebenso im Interesse der SA selbst, wie es zur Aufrechterhaltung der Autorität des nationalsozialistischen Staates geboten ist, die unter allen Umständen und Regenüber allen Angriffen von sämtlichen Be-

hörden und Beamten gewährleistet werden muß.

Im besonderen Auftrage des Herrn Reichskanzlers ersuche ich die Herren Reichsstatthalter, um die Beobachtung dieser Grundsätze der nationalsozialistischen Staatspolitik unbedingt Sorge zu tragen und darauf zu achten, daß alle Behörden der Länder genau nach ihnen verfahren, und daß Beamte, die ihnen nicht voll Rechnung tragen, ebenso wie die schuldigen Mitglieder der SA rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden.

Der Herr Reichskanzler wird in seiner Eigenschaft als oberster SA-Führer einen entsprechenden Erlaß an die SA richten, der jeder SA-Dienststelle und jedem einzelnen SA-Mann bekanntgegeben wird.

An die Herren Reichsstatthalter und die Landesregierungen.  
(Für Preußen den Herrn Preuß. Ministerpräsidenten)

gez. Frick.

den Herrn preußischen Minister des Innern den Herrn preußischen Justizminister.

Es ist kein Geheimnis, daß dieser Erlaß des Dr. Frick nicht der erste seiner Art ist. Geholfen hat aber bisher keine Warnung und keine Mahnung, und so läßt sich unschwer voraussehen, daß auch dieser Erlaß, genau wie seine zahlreichen Vorgänger, ein Schlag ins Wasser bleiben wird.

Wenn etwas neu an diesem Erlaß ist, dann ist es die an die Adresse der Beamten gerichtete Drohung, sie würden „rücksichtslos zur Verantwortung“ gezogen werden, wenn sie dem Treiben der SA weiter unfähig zusähen. Die armen Beamten! Legen sie sich auch der SA an, dann kommen sie in Teufels Küche — und tut sie es nicht, so droht ihnen Frick mit den schwersten Strafen.

Es ist eine Lust, Beamter im Dritten Reich zu sein!

# Zahlen aus Sachsen

## Ungültige Stimmzettel bis 20 Prozent

Das Ergebnis der Abstimmung am 12. November in Sachsen stimmt fast haargenau mit dem Gesamtergebnis im Reich prozentual überein. Die Wahlbeteiligung im Reiche betrug 95,3%, in Sachsen 95,4%. Auch die Schwankungen der 3 sächsischen Wahlkreise waren ganz geringfügiger Art und betrafen für den Wahlkreis

Dresden-Bautzen	94,6%
Leipzig	94,9%
Chemnitz	95,9%

Schon bei früheren Wahlen war die Beteil-

	Abgegeb. Stimmen:	%
Reich:	42.969.502	95,3
Sachsen:	3.555.342	95,4
Dresden/B.:	1.322.811	94,6
Leipzig:	930.323	94,9
Chemn. Zw.:	1.302.280	95,9

Ein Vergleich der Resultate in den einzelnen großen Städten Sachsens ergibt eine größere Unterschiedlichkeit als in den Wahlkrei-

	Abgegeb. Stimmen:	%
Dresden:	467.836	95
Leipzig:	501.419	98,5
Chemnitz:	239.610	94
Plauen:	79.065	98
Zwickau:	58.347	92
Meißen:	32.892	94
Zittau:	25.415	93
Bautzen:	26.943	95
Freital:	26.173	98
Freiberg:	25.093	94
Pirna:	22.708	94
Riesa:	18.279	95
Wurzen:	13.158	99
Mittweida:	12.896	98,5
Crimmitschau:	19.849	94
Glauchau:	22.062	97
Hainichen:	10.855	100
Meerane:	17.626	96

Bei einer Vergleichung der Wahlergebnisse in den einzelnen Ortschaften zeigt sich immer wieder, je größer der Druck ist, je stärker sich der Wähler beobachtet fühlt, um so stärker ist die Wahlbeteiligung und die Stimmenabgabe für die Nazis.

In Borsberg bei Dresden haben sämtliche Stimmberechtigte an der Wahl teilgenommen und nur NSDAP abgegeben und nur mit Ja abgestimmt. Schon bei der letzten Wahl waren dort nur 6 marxistische Wähler. Borsberg ist weder mit Straßenbahn, noch mit Eisenbahn erreichbar und liegt auf den Höhen bei Dresden etwas abseits von Verkehrsverbindungen. Es ist klar, daß diese 6 gefährlichen Marxisten fast allen anderen Ortsbewohnern bekannt waren, Stimmenthaltung war deshalb dort kaum möglich. Resultat: 100 % für Hitler.

Bei der Wahlstelle Hauptbahnhof Dresden wurden abgegeben: 1115 für Hitler, und 225 ungültige Stimmen. Die Wähler, meist Reisende, waren dort unbekannt und fühlten sich weniger beobachtet. Resultat: 20% gegen Hitler, der doppelte Prozentsatz wie der Durchschnitt der Stadt Dresden.

Die reinen Arbeiterwohnortsgemeinden, teilweise mit früheren sozialdemokratischen Mehrheiten oder sozialdemokratischen Bürgermeistern, sind fast durchwegs im Stimmresultat

ungung in den Wahlkreisen Leipzig und Chemnitz höher als in Dresden-Bautzen.

Das Verhältnis der ungültigen Stimmen, also der Proteststimmen gegen die Nazis ist in Sachsen etwas günstiger als im Reichsdurchschnitt. Im Reiche wurden gegenüber den angegebenen Nazistimmen 8 1/2% ungültige Stimmen abgegeben, in Sachsen dagegen 11%. Von den 3 sächsischen Wahlkreisen hat am günstigsten Leipzig abgeschlossen, das 15% ungültige Stimmen gegenüber der Zahl der angegebenen Nazistimmen erreichte, Dresden-Bautzen und Chemnitz jedoch nur 10%. Die genauen Zahlen sind:

	NSDAP.:	Ungültig:	%
Reich:	39.621.437	3.348.125	8 1/2
Sachsen:	3.206.964	348.378	11
Dresden/B.:	1.210.828	112.283	10
Leipzig:	809.782	120.541	15
Chemn. Zw.:	1.186.654	118.554	10

sen Sachsens. Für die Städte lauten die einzelnen Vergleichsziffern:

	NSDAP.:	Ungültig:	%
Dresden:	425.389	42.447	10
Leipzig:	425.759	75.660	17
Chemnitz:	217.268	22.342	11
Plauen:	70.057	9.008	13
Zwickau:	54.180	4.167	7,5
Meißen:	28.160	4.732	17
Zittau:	25.217	198	0,8
Bautzen:	24.638	2.305	9,5
Freital:	23.245	2.918	13
Freiberg:	23.166	1.933	8
Pirna:	20.751	1.954	10
Riesa:	16.092	1.587	9
Wurzen:	10.976	2.182	20
Mittweida:	11.303	1.593	14
Crimmitschau:	17.198	2.651	15
Glauchau:	20.399	1.663	8
Hainichen:	10.170	685	7
Meerane:	15.432	2.194	14

wesentlich günstiger als der Reichsdurchschnitt (8 1/2%) oder der Wahlkreisdurchschnitt (Ostsachsen 10%). Als Beispiel folgende Resultate:

Bannwitz: Arbeiterort in Ostsachsen mit SPD Bürgermeister, der Ort, wo die Arbeiterturnhalle bereits am 6. März völlig verwüstet wurde und der von der Außenwelt über einen Tag völlig abgetrennt wurde.

NSDAP 2077, ungültig 481 = 23%, Wahlbeteiligung 95%.

Gittersee: Zwischen Dresden und Freital gelegen. SPD-Mehrheit.

NSDAP 2653, ungültig 406 = 15%, Wahlbeteiligung 97%.

Lausa: Arbeiterwohnortsgemeinde mit KPD-Mehrheit.

NSDAP 2852, ungültig 408 = 14%, Wahlbeteiligung 94%.

Neugersdorf: Textilindustrie in Oberlausitz.

NSDAP 7016, ungültig 1038 = 14%, Wahlbeteiligung 95%.

Pesterwitz: früher reine SPD-Mehrheit und SPD-Bürgermeister.

NSDAP. 921, ungültig 166 = 18%, Wahlbeteiligung 92%.

Auffällig war in der Stadt Dresden die be-

sonders hohe Zahl ausgegebener Stimmzettel. In einzelne Urnen waren offenbar aus kirchlichen Kreisen Proteststimmen abgegeben, die die Aufschrift trugen: „Unser Führer ist Jesus Christ!“.

In Dresden waren fast durchwegs neue Wahlvorstände, nur einzelne Vororte mit Arbeitersiedlungen hatten noch sozialdemokratische Mitglieder in den Wahlvorständen (Dr. Briensitz-Kemnitz-Stetzsch z. B. mit folgendem Resultat: Nazist. 6696, ungültig 920 = 14%).

# Otto Wyrgatsch

## Ein Märtyrer der Freiheit

In Kopenhagen wurde vor einigen Tagen die Leiche unseres Genossen Otto Wyrgatsch den Flammen übergeben.

Otto Wyrgatsch kam in jungen Jahren zur Sozialdemokratie. Sein Ingenieurberuf befriedigte den stark politisch interessierten Mann nicht lange. Er wurde Parteifunktionär und Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung in Hildesheim. Da er über große journalistische Fähigkeiten verfügte, betraute ihn die Partei mit dem Amt des Chefredakteurs der „Königsberger Volkszeitung“. In dieser Eigenschaft hat er im schwärzesten Teil Deutschlands eine scharfe Klinge gegen den täglich frecher werdenden Faschismus geschlagen. Bald war er für ihn der bestgehaßte Mann.

Lange vor dem „nationalen „Aufbruch“, schon nach der Juliwahl 1932 wurde Otto Wyrgatsch nachts von SA-Banden in seiner Wohnung überfallen. Sie mißhandelten die Frau bis sie bewußtlos zusammenbrach und brachten ihm selbst eine schwere Schußverletzung bei. Kaum war er genesen, da mußte er bei Nacht und Nebel über die Grenze ins Exil. Durch die vielen Aufregungen zog er sich eine schwere Herzerkrankung zu, der er nun erlegen ist.

# Ein Systemknecht

Der Beruf des Journalisten in Deutschland ist zu einer entehrenden Angelegenheit geworden. Die deutsche Presse ist da, um die Wahrheit zu verschweigen und zu vergewaltigen. Die Leute, die dies Geschäft betreiben, fühlen es nicht. Wie wäre es sonst möglich, daß Rudolf Kircher in der „Frankfurter Zeitung“ das folgende über die Wahl vom 12. November schreiben konnte:

„Wer mit seinen eigenen Augen den Wahlvorgang beobachtet hat, der weiß, daß es zwar nicht leicht war, sich der Stimmabgabe ganz zu entziehen, denn die Säulchen wurden gemahnt (was bekanntlich keine neue Einrichtung ist), er weiß aber ebenso genau, daß diesmal wie bei jeder früheren Wahl die Möglichkeit bestand, frei, ungeniert und unkontrolliert das Kreuz hier oder dorthin zu setzen oder es ganz wegzulassen. Wir legten die Zettel in die gleichen großen Urnen wie früher. Überall war die gleiche Publizität des Verfahrens wie immer. Wenn aber, wie dies wahrscheinlich in Millionen von Fällen geschah, die Abstimmenden sich insgeheim dachten: „Es sprechen zwar diese und jene Gründe dagegen, daß ich auch für die Reichstagsliste der NSDAP, stimmen“ — wenn sie aber gleichwohl das Gefühl hatten: „trotzdem überwiegen die Gründe für mein „Ja“, dann ist der Wert gerade dieser Stimmen nur um so höher! Auf diesen inneren Prozeß nämlich, der für viele schmerzhaft ist, weil sie manche Dinge, die geschehen sind, nicht vergessen können oder weil sie diesen oder jenen Teil des nationalsozialistischen Dogmas nicht zu akzeptieren vermögen, wird der Führer des neuen Staates den allergrößten Wert legen, denn nur auf diese Weise ist die Ausweitung von der Partei zum Staat, von der Minderheit zur Volksgemeinschaft möglich.“

Herr Kircher, freiwilliger Propagandist für das Hitler-Regime, hat vom Terror nichts gemerkt! Er hat seine eigene Zeitung nicht gelesen, als sie die Terrorreden wiedergab, die jeden Oppositionellen als Landesverräter bedrohten, er hat nichts gesehen von den umfassenden terroristischen Vorbereitungen, er weiß nicht, wieviele jetzt ihre Arbeitsstätte verlieren, weil sie mit Nein gestimmt haben! — Herr Kircher brauchte sich auch insgeheim nichts zu denken, für ihn bestand bei dieser Wahl keine Problematik. Ob Terror oder nicht. — Herr Kircher brauchte ihn nicht zu fürchten, denn er ist ein getreuer Knecht des Systems!

Was weiß er von den tragischen inneren Konflikten, die der ungeheure und lückelose Wahlterror bei den Gegnern des Systems hervorgerufen hat! Es klingt wie blutiger Hohn, wenn er von dem für viele schmerzhaften inneren Prozeß spricht, der zum Überwiegen der Gründe für das Ja geführt hat.

Es ist nicht nur Hohn, es ist schamlos, gerade die erpreßten Stimmen am höchsten zu bewerten, die Stimmen derer, die sich vielleicht selbst verachten, weil sie dem Druck des Terrors unterliegen sind! Es ist eine Beschimpfung der Opposition, die umso widerwärtiger ist, da eine Antwort in Deutschland nicht möglich ist.

# Die Brandstifter

## Göbbels Propagandamethoden entlarvt

### Die Enthüllung

Die Doppelzüngigkeit der nationalsozialistischen Politik braucht nicht von ihren Gegnern bewiesen zu werden, die nationalsozialistische Propaganda liefert selbst täglich Beweise dafür. Die offizielle Außenpolitik betont täglich laut ihre Liebe und ihren Willen zum Frieden wie ihre freundschaftlichen Gefühle gegen Frankreich — aber zu gleicher Zeit wird der kommende Krieg propagandistisch vorbereitet. Die Pariser Zeitung „Petit Parisien“ hat eine Anweisung der Propagandazentrale der NSDAP. für die Tätigkeit in Amerika veröffentlicht, die alle Friedensbeteuerungen Hitlers Lügen straft: Frankreich, der unversöhnliche Gegner — Anspruch auf alle verlorenen Gebiete — Anspruch auf alle Nachbargebiete, in denen deutsche Minderheiten leben. Die Verfasser dieses Dokuments müssen in der ganzen Welt als frivole Brandstifter erscheinen.

Die Mentalität dieser Propagandaanweisung ist die gleiche wie die des Programmbuches von Hitler „Mein Kampf“, die diplomatische Geschicklichkeit, die solche Anweisungen zugleich mit heuchlerischen offiziellen Friedensbeteuerungen ergehen läßt, kann sich messen mit der Geschicklichkeit, die seinerzeit Amerikas Eintritt in den Weltkrieg hervorgerufen hat. Man wird sich in Amerika an die Rolle erinnern fühlen, die einst Herr von Papen dort gespielt hat.

Die Enthüllung des „Petit Parisien“ hat zu heftigster Ablehnung geführt. Hitlers Außenministerium hat sich nicht mit einem Dementi begnügt, sondern hat einen offiziellen Schritt bei der französischen Regierung unternommen. Es ist nicht bekannt, ob das Dementi sich auch auf jene Teile der nationalsozialistischen Literatur bezieht, in denen die Sätze dieser Propagandaanweisung fast wörtlich enthalten sind.

### Divide et impera!

Der „Petit Parisien“ fährt inzwischen fort, Dokumente zu veröffentlichen, die den Willen der Nationalsozialisten zu Wiederaufrüstung und Revanchekrieg schlagend beweisen, und die Hitlerregierung fährt fort, die Echtheit dieser Dokumente zu bestreiten und ihre Friedensliebe zu beteuern. Sie hat damit, das muß auch der Gegner zugeben, ihren ersten Zweck, alles zu verwirren und durcheinanderzubringen, gründlich erreicht. In der Tat hat Europa kaum jemals ein solches Bild der vollkommenen Ratlosigkeit gezeigt, wie eben jetzt. Jede Regierung ist über die Art, das deutsche Problem zu behandeln, ihre besonderen Ansichten, und oft ist man in den einzelnen Regierungen selbst durchaus keiner einheitlichen Meinung. Das gilt besonders für die englische Regierung, in der MacDonald offensichtlich dazu neigt, der deutschen Forderung nach Wiederaufrüstung Konzessionen zu machen, während Baldwin mehr den französischen Auffassungen zuneigt. Der Bestand der englischen Regierung erscheint durch ihre außenpolitischen Mißerfolge bedroht. In Frankreich sind es wiederum die innerpolitischen und namentlich die finanzpolitischen Schwierigkeiten, die die Beständigkeit der Regierungen und des außenpolitischen Kurses irritieren.

So erscheint gegenüber den Demokratien des Westens der Faschismus augenblicklich als der Stärkere, allerdings nicht der nachgemachte Faschismus von Berlin, sondern der echte von Rom. Immer mehr entwickelt sich Mussolini zum entscheidenden Mann Europas. So hält er heute auch das kleine Oesterreich in seiner Hand, das damit zwischen ihm und seinen deutschen Vasallen ein Streitapfel bleibt. Würde eines Tages aber dieser Konflikt weggeräumt, so würde sich daraus eine Weltlage ergeben, die für Frankreich noch weniger angenehm wäre als die gegenwärtige.

### Er „verzichtet“ und rüstet

Hitler fährt inzwischen fort mit dem Versuch, Frankreich moralisch und diplomatisch zu entwaifnen. Er unterschreibt und unterstreicht im Pariser „Matin“ den Verzicht auf Elsb-Lothringen, der seinerzeit beinahe Stresemann das Leben gekostet hätte. Er tauscht mit der polnischen Regierung feierliche Erklärungen aus, daß die beiden

Länder gegeneinander keine Gewalt anwenden würden. Wenn dies auch nach Locarno und Kellogg-Pakt die dritte Erklärung dieser Art ist, so liegt auch ihre Bedeutung keineswegs darin, daß sie den Frieden befestigt. Auch sie ist nur ein Zug in einem diplomatischen Spiel, das alles durcheinanderzubringen versucht und damit die Kriegsgefahr vermehrt. Auf der einen Seite soll den Polen beigebracht werden, daß sie die Bundesgenossenschaft Frankreichs nicht brauchen, auf der anderen Seite wird aber auch vorgetastet in der Richtung der Rosenbergschen Ideen eines Interventionskrieges gegen Sowjetrußland, nach dessen glücklicher Beendigung Polen zum Austausch für den Korridor und Oberschlesien einen Fetzen von der Ukraine erhalten soll.

### Manifest und Warnung

In Zürich hat am 19. und 20. November das Büro der Sozialistischen

Arbeiter-Internationale getagt und Beschlüsse gefaßt, die aus der Tagespresse bekannt sind. Sie zeigen diesem Europa, das sich immer mehr zum Tollhaus verwandelt, einen Weg der Rückkehr zur Vernunft, zu geordneten Zuständen und zur Sicherung des Friedens. Aber die Voraussetzung für die Ausführung dieser Beschlüsse wäre, daß der Völkerbund, statt sich in seine Teile aufzulösen, ein wirkliches organisiertes Machtzentrum würde, daß der Wille, die Abrüstungskonferenz unter allen Umständen bis zu einem positiven Ergebnis fortzuführen, bei den entscheidenden Regierungen vorhanden wäre und daß Europa, statt von Faschisten, Halbfaschisten und verängstigten Bürgern von Sozialisten regiert würde.

Da dies nicht der Fall ist, nimmt das Werk der internationalen Brandstiftung bis auf weiteres seinen ungestörten Fortgang.

# So wurde das Volk geeint!

Bilder vom 12. November

Hindenburg hat am 13. November dem Reichskanzler Hitler hocherfreut und mit herzlichen Worten den Dank dafür ausgesprochen, daß es ihm gelungen sei, das ganze deutsche Volk zu einigen.

Diese braune Eintopfwahl war ein Erfolg des unerhörtesten Terrors und der brutalsten Gewaltandrohung, die an die Stelle eines freien Wahlkampfes freier Bürger getreten waren. Die Werbemethoden der Diktatur waren in jeder Beziehung einzigartig. Nur ein paar Beispiele aus der Fülle des Materials.

„Wer nein wählt, will keine Arbeit und erhält auch keine Unterstützung.“ (Plakat im Wohlfahrtsamt Pirmasens.)

„Wer der Wahl fernbleibt, wird von der SA. geholt.“ (Plakat im Wohlfahrtsamt Pirmasens.)

„Wer hinter die Kulissen geht, wählt nein, wer deutsch wählt, wählt frei. Die Kulissenwähler werden wir uns merken.“ (Gaulleiter Bürckel in einer Wahlversammlung in Pirmasens.)

„Wer nein wählt, ist ein Landesverräter.“ (Sprechchöre am Wahlsonntag in Pirmasens.) Plakate mit einem am Galgen erhängten Menschen und mit der Unterschrift: „Ich habe nein gewählt.“ (Plakate in Nazibuchhandlungen in Pirmasens.)

„Alle Arbeitslosen haben sich im großen Saal der „Stadt Zittau“ einzufinden, um die Rede des Volkskanzlers Adolf Hitler anzuhören. Jeder Arbeitslose hat die Kontrollkarte mitzubringen, da am Saaleingang eine Kontrolle über das Erscheinen ausgeübt werden wird.“ (Arbeitsamt Neugersdorf.)

„Am Sonnabend letzte Kundgebung vor der Volksabstimmung. Jeder Arbeitslose hat sich zu dieser Versammlung abends 7.30 Uhr am Arbeitsamt zwecks gemeinsamen Abmarsches zu stellen. Der ausgehändigte Zettel ist mit Unterschrift und mit Kontrollnummer zu versehen und am Saaleingang bereitzubehalten, woselbst eine Kontrolle über die Anwesenheit durchgeführt werden wird.“ (Arbeitsamt Neugersdorf.)

Der stellvertretende 1. Bürgermeister Mann, Pirmasens, veröffentlichte einen Aufsatz, in dem es heißt:

„Sollten aber noch einige Verräter unter uns sein und der Gauführer schlägt uns die Zahl derselben im Rathaus an, so werden wir Pirmasenser die Namen derselben gleich daneben schreiben. Dann soll auf ewig der 12. November symbolhaft mit dem 12. Februar verbunden sein.“

Am 12. Februar 1924 wurden die 17 Separatisten nach Inbrandsteckung des Bezirksamtes ermordet.

„Um die Mittagsstunde kamen Wahlhelfer in die Wohnungen und fragten höflich, ob man schon gewählt habe. Wenn die Frage verneint wurde, gab es eine Ermahnung; und nach einiger Zeit war der Frager und Mahner erneut da, bis auch die Säumigsten sich bequemt hatten. An den Ausfallstraßen der Stadt standen SA-Leute, die die Autos anhielten und, ebenfalls in lebenswürdigster Form, fragten, ob man schon gewählt habe.“ („Frankfurter Zeitung“.)

Die Kriegsspieler des Weltkriegs

wurden in fast allen Städten geschlossen zur Wahlurne geführt.

In Mannheim wurde in den Betrieben angekündigt, daß jeder mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle zu rechnen habe, der nicht die Politik Hitlers unterstreiche.

In Dortmund erhielten die Arbeiter ein Rundschreiben der NSBO., in dem sie „gebeten“ wurden, zu strafferer Durchführung und zur Kontrollmöglichkeit sich am Sonntag früh gruppenweise einzufinden.

In Oberschlesien marschierten die Bauern nach einem gemeinsamen Gottesdienst geschlossen ins Wahllokal, weil sie — wie amtlich gemeldet wird — dort öffentlich ihre Stimme für Adolf Hitler abgeben wollten.

„Der Terror läßt sich nicht in Worten schildern. Man kann es keinem verargen, wenn er aus Sorge um Lohn und Brot umgefallen ist. Mit denen aber, denen in diesem Trommelfeuer die Nerven noch standhielten, läßt sich gewiß eine neue Welt bauen.“ (Aus einem Brief vom Niederrhein.)

Jeder hatte Angst, daß man nicht doch irgendwie etwas gemacht haben könnte, das die geheime Wahl illusorisch machte, und deswegen stimmten so viele mit Ja. Ich bin unserer Sache treu geblieben. (Aus einem Berliner Brief.)

Das Wahlgeheimnis war in vielen Orten, nicht nur auf dem Lande praktisch aufgehoben. In einer süddeutschen Stadt hatte man die Schirme hinter einer Reihe von Schulbänken verstaut, so daß sie nur mit großer Mühe zu erreichen waren. Wer trotzdem hinter die Kulissen ging, wurde von der SA. in der grössten Weise beschimpft. Aus diesem Grunde mußten alle offen wählen.

In einem anderen Fall wurden den Wählern Stimmzettel übergeben, die bereits mit Ja beschrieben waren und schon ein Kreuz hatten. Bemerkung: Der Zettel ist schon fertig.

Wer die Wahlplakette nicht ansteckte, wurde in Braunschweig von der SA. zur Strafe nochmals in das Wahllokal begleitet, selbst wenn sich dort herausstellte, daß er bereits gewählt hatte.

Die Regierung kennt diesen Terror, und sie fürchtet sogar Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl. Um auch diesen „Gefahren“ aus dem Weg zu gehen, ist der bisherige Reichsbeauftragte für Wahlprüfungsverfahren Ministerialrat Dr. Kaiserberg, von seinem Amt entbunden worden. Sein Nachfolger wurde Ministerialrat Dr. Scholz vom Reichsinnenministerium, der schon vor der

Hitlerherrschaft als Reichsscholz unruhiglich bekannt wurde. Scholz wird auch die befürchteten Einsprüche gleichschalten.

Darüber hinaus werden die Neuwähler, soweit man sie feststellen kann, zur Rechenschaft gezogen und bestraft.

In München wurde der Vikar Fillinger und der abgebaute Krankenkassenkontrollor Edel in Schutzhaft genommen, weil sie der Wahl ferngeblieben waren.

Die Thyssenwerke in Mülheim-Ruhr haben alle Arbeiter, die nicht zur Wahl gegangen waren, fristlos entlassen.

Brief aus Westdeutschland.

14. November 1933.

Lieber Freund!

Ich muß Dir unbedingt schreiben, damit Du wenigstens weißt, wie es möglich war, daß ein derartiges Wahlergebnis zum Vorschein kam.

Sonntag: In aller Frühe marschierte die Hitlerjugend mit Fahnen und Musik durch die Straßen und wer die Fahne der dummen Jungen, ob jung ob alt, nicht grüßte, der wurde an Ort und Stelle „gleichgeschaltet“, nämlich verprügelt. Ja, mein Lieber, hier in Deutschland herrscht jetzt Ordnung. Dieses Deutschland ist jetzt ein großes Zuchthaus. Ab 9 Uhr fuhren Lastautos durch die Stadt; die Wagen waren mit SA. besetzt. Fortgesetzt ertönte der Ruf: „Jeder stimmt mit Ja.“ Vernünftig denkende Menschen glaubten in einem Irrenhause zu sein. Wo man ging oder wo man stand, überall sah man das „Ja“, wenn es einem nicht entgegengeschrien wurde. Kein Winkel wurde verschont. Eine derartige Wahlpropaganda haben wir in Deutschland noch niemals gesehen. Das Volk wurde buchstäblich verrückt gemacht.

Es war praktisch keine Wahl; es war direkter Zwang.

Leute, die in einer auswärtigen Krankenanstalt waren, wurden hierher zu Wahl geholt. Wer bis 3 Uhr nicht gewählt hatte, den holte die SA. Du kannst Dir ja wohl vorstellen, daß unter solchen Umständen die Leute alle zur Wahl gingen.

Im Wahllokal sah man nichts anderes als braune Uniformen. Ob Wahlvorsteher oder Beisitzer, alles nur in Uniform. Von unseren Leuten ist keiner als Vorsteher oder nur als Beisitzer bestellt worden. Ging man in die Wahlzelle, so machte ein SA-Mann den Vorhang auf und zu. Du kannst Dir wohl vorstellen, daß da viele aus Angst nicht wußten, was sie ankreuzten. Ja, es ist sogar vorgekommen,

daß bei starkem Andrang die SA-Leute den Wählern den Stimmzettel aus der Hand nahmen und die Kreuze selbst hinstellten.

Nach dem Wahllakt bekam jeder eine Blechmarke, die er anstecken mußte, zwecks Kontrolle. Wer diese Marke nicht am Rock hatte, der wurde in der Stadt von der SA. angehalten. Die Marke kostete 5 Pfennig. Erwerbslose bekamen sie umsonst.

Daß es beim Auszählen der Stimmen auf ein paar Stimmen nicht ankam, das beweist das

Stimmergebnis in Wanne-Eickel.

Diese Stadt hat 94.000 Einwohner, Ja-Stimmen sollen 86.000 abgegeben sein. Hier ist der Schwindel offenbar. Es wurden Leute zur Wahl zugelassen, die weder in der Wählerliste standen, noch einen Wahlschein hatten. Trotz allem Terror der verübt worden ist, können wir nie und nimmer glauben, daß die Zählung der Stimmen korrekt erfolgt ist. Es kann sein wie es will, zur Hälfte sind die Stimmen gefälscht.

In Dortmund wurde übrigens am Sonntag einer „auf der Flucht erschossen.“

Hoffentlich höre ich bald von Dir. In diesem Sinne herzliche Grüße

Dein

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“ Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

<b>Zahnarzt</b> S. APATCHEWSKY Erstklassige Ausführung — Spricht deutsch und englisch 24, Av. Friedeland Paris (8e) Fernsprecher: Carnot 38-15 — Métro: Etoile	<b>Zahnarzt</b> Erstklassige Ausführung Sprechstunde nachm. Spricht deutsch 36, rue Doudeauville Paris (18e) Métro (Untergrundbahn): Château-Rouge
--	---

Wenn Sie ein Haus oder ein Geschäft irgendwo in England kaufen oder verkaufen wollen „so schnell wie möglich“ schreiben Sie an  
**Thomas & Francis**  
Häuser- und Güteragenten, 42, Grove Road, South Woodford  
London, E. 18. Groß-Britannien

## Lehren der Geschichte

Adolf Hitler — Louis Bonaparte

Nach den Schwindelwahlen vom 12. November ist in der französischen Presse auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen worden, daß die Stimmzahl von 92 Prozent, die die Wahlmacher Hitlers als Regierungsstimmen anzugeben für gut hielten, genau mit der Stimmzahl übereinstimmt, die Louis Bonaparte, der spätere Kaiser Napoleon III., nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 bei der „Volksabstimmung“ vom 20. und 21. Dezember erhielt. Dieser mit einem Tropfen demokratischen Oels gesalbte Staatsstreich war der Schlußpunkt einer Entwicklung, die von der siegreichen Februarrevolution 1848 über den niedergeschlagenen Aufstand des Pariser Proletariats im Juni 1848 zur Aushöhlung und Zertrümmerung der bürgerlichen Republik durch den im Dezember 1848 gewählten Präsidenten Louis Bonaparte führte.

Karl Marx hat diesen Leidensweg der zweiten französischen Republik in seiner genialen Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ geschildert (Dietsch, Stuttgart, 1914). Diese 1852 verfaßte Schrift liest sich stellenweise wie eine Darstellung des heutigen Deutschland. Wir lassen hier die wichtigsten Abschnitte folgen:

### Der Niedergang der Revolution und der Aufstieg Bonapartes

„Die Niederlage der Juniinsurgenten (1848) hatte ... das Terrain vorbereitet, geebnet, worauf die bürgerliche Republik begründet, aufgeführt werden konnte; aber sie hatte zugleich gezeigt, daß es sich in Europa um andere Fragen handelt als um „Republik oder Monarchie“ ... Sie hatte bewiesen, daß in altzivilisierten Ländern mit entwickelter Klassenbildung, mit modernen Produktionsbedingungen und mit einem geistigen Bewußtsein, worin alle überlieferten Ideen durch jahrhundertelange Arbeit aufgelöst sind, die Republik überhaupt nur die politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet und nicht ihre konservative Lebensform.“

Alle Klassen und Parteien hatten sich während der Junitage zur Partei der Ordnung vereint gegenüber der proletarischen Klasse, als der Partei der Anarchie, des Sozialismus, des Kommunismus ... Der Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft bildet schließlich die heilige Phalanx der Ordnung, und Held Crapulinzky (Bonaparte) zieht in die Tuilerien ein als „Retter der Gesellschaft“. (S. 15—17.)

### Die französische SA

„Die Gesellschaft des 10. Dezember datiert vom Jahre 1849. Unter dem Vorwand, eine Wohltätigkeitsgesellschaft zu stiften, war das Pariser Lumpenproletariat in geheime Sektionen organisiert worden, jede Sektion von bonapartistischen Agenten geleitet, an der Spitze ein bonapartistischer General. Neben zerrütteten Wüstlingen mit zweideutigen Existenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuerrunden Abergläubigen der Bourgeoisie, Vagabunden, entlassenen Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeereklaven, Gauner, Gaukler, Tagediebe, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Bordellhalter, Lastträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scheuerschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin und her geworfene Masse, die der Franzose la Bohème nennt; mit diesem ihm verwandten Element bildete Bonaparte den Stock der Gesellschaft vom 10. Dezember. „Wohltätigkeitsgesellschaft“ — insofern alle Mitglieder gleich Bonaparte das Bedürfnis fühlten, sich auf Kosten der arbeitenden Nation wohlzutun.“ (S. 59)

### Bürgertum gegen Arbeiterschaft

„Die Bourgeoisie hatte die richtige Einsicht, daß alle Waffen, die sie gegen den Feudalismus geschmiedet, ihre Spitze gegen sie selbst kehrten, daß alle Bildungsmittel, die sie erzeugt, gegen ihre eigene Zivilisation rebellierten, daß alle Götter, die sie geschaffen, von ihr abgefallen waren. Sie begriff, daß alle sogenannten bürgerlichen Freiheiten und Fort-

schrittsorgane ihre Klassenherrschaft zugleich an der gesellschaftlichen Grundlage und an der politischen Spitze angriffen und bedrohten, also „sozialistisch“ geworden waren. In dieser Drolung und in diesem Angriff fand sie mit Recht das Geheimnis des Sozialismus, dessen Sinn und Tendenz sie richtiger beurteilt, als der sogenannte Sozialismus sich selbst zu beurteilen weiß ...

Indem also die Bourgeoisie, was sie früher als „liberal“ gefeiert, jetzt als „sozialistisch“ verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eigenes Interesse gebietet, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um

von ihren Fenstern herabschießen ließ. Sie verherrlichte den Säbel, der Säbel beherrscht sie. Sie vernichtete die revolutionäre Presse; ihre eigene Presse ist vernichtet. Sie stellte die Volksversammlungen unter Polizeiaufsicht; ihre Salons stehen unter der Aufsicht der Polizei. Sie löste die demokratischen Nationalgarden auf; ihre eigene Nationalgarde ist aufgelöst. Sie verhing den Belagerungszustand; der Belagerungszustand ist über sie verhängt. Sie unterdrückte jede Regung der Gesellschaft durch die Staatsmacht; jede Regung ihrer Gesellschaft wird durch die Staatsmacht unterdrückt. Sie rebellierte aus Begeisterung für



### Merkste was?

die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisparlament zur Ruhe gebracht; um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse; daß die Privatbourgeoisie nur fortfahren können, die anderen Klassen auszubeuten und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen, unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den anderen Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde; daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen sollte, zugleich als Damoklesschwert über ihr eigenes Haupt gehängt werden müsse.“ (S. 50 bis 52.)

### Die Selbstentmachtung des Bürgertums

„Die französische Bourgeoisie bäumte sich gegen die Herrschaft des arbeitenden Proletariats auf, sie hat das Lumpenproletariat zur Herrschaft gebracht, an der Spitze den Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember. Die Bourgeoisie hielt Frankreich in atemloser Furcht vor den zukünftigen Schrecken der roten Anarchie; Bonaparte diskontierte ihr diese Zukunft, als er am 4. Dezember (1851) die vornehmen Bürger des Boulevard Montmartre und des Boulevard des Italiens durch die schnapsbegeisterte Armee der Ordnung

ihren Geldbeutel gegen ihre eigenen Politiker und Literaten; ihre Politiker und Literaten sind beseitigt, aber ihr Geldbeutel wird geplündert, nachdem sein Mund geknebelt und seine Feder zerbrochen ist. ... Die französische Bourgeoisie hatte längst das Dilemma Napoleons I. gelöst: „In fünfzig Jahren ist Europa republikanisch oder kosakisch“. Sie hatte es gelöst in der „kosakischen Republik.“ (S. 97 und 98.)

### Die Diktatur der Gewalt

„Die Staatsmaschine hat sich der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber so befestigt, daß an ihrer Spitze der Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember genügt, ein aus der Fremde herbeigelaufener Glücksritter, auf den Schild gehoben von einer trunkenen Soldateska, die er durch Schnaps und Würste erkaufte, nach der er stets von neuem mit der Wurst werfen muß. Daher die kleinlauten Verzweiflung, das Gefühl der ungeheuersten Demütigung, Herabwürdigung, das die Brust Frankreichs beklemmt und seinen Atem stocken macht. Es fühlt sich wie entehrt.“ (S. 101.)

### Die Terrorwahlen

„Die Bourgeoisie hatte jetzt (am 20. und 21. Dezember 1851) offenbar keine andere Wahl, als Bonaparte zu wählen. Als die Puritaner auf dem Konzil von Konstanz über

das lasterhafte Leben der Päpste klagten und über die Notwendigkeit der Sittenreform jammerten, donnerte der Kardinal Pierre d'Ally ihnen zu: „Nur noch der Teufel in eigener Person kann die katholische Kirche retten, und ihr verlangt Engel.“ So rief die französische Bourgeoisie nach dem Staatsstreich: Nur noch der Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember kann die bürgerliche Gesellschaft retten, nur noch der Diebstahl — das Eigentum, der Meineid — die Religion, das Bastardtum — die Familie, die Unordnung — die Ordnung!“ (Seite 109.)

### Die inneren Widersprüche der Diktatur

„Bonaparte als die verselbständigte Macht der Exekutivgewalt, fühlt seinen Beruf, die „bürgerliche Ordnung“ sicherzustellen. Aber die Stärke dieser bürgerlichen Ordnung ist die Mittelklasse. Er weiß sich daher als Repräsentant der Mittelklasse und erläßt Dekrete in diesem Sinne. ... Bonaparte weiß sich zugleich gegen die Bourgeoisie als Vertreter der Bauern und des Volkes überhaupt, der innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die unteren Volksklassen beglücken will. Neue Dekrete, die die „wahren Sozialisten“ im voraus um ihre Regierungsweisheit prellen. Aber Bonaparte weiß sich vor allem als Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember, als Repräsentanten des Lumpenproletariats, dem er selbst, seine Umgebung, seine Regierung und seine Armee angehören, und für das es sich vor allem darum handelt, sich wohlzutun und kalifornische Lose aus dem Staatsschatz zu ziehen. Und er bestätigt sich als Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember mit Dekreten, ohne Dekrete und trotz der Dekrete.“

Diese widerspruchsvolle Aufgabe des Mannes erklärt die Widersprüche seiner Regierung, die bald diese, bald jene Klasse bald zu gewinnen, bald zu demütigen sucht und alle gleichmäßig gegen sich aufbringt, dessen praktische Unsicherheit einen hochkomischen Kontrast bildet zu dem gebieterischen, kategorischen Stil der Regierungsakte ... Bonaparte möchte als der patriarchalische Wohltäter aller Klassen erscheinen. Aber er kann keiner geben, ohne der anderen zu nehmen.“ (Seite 109 und 110.)

### Die Päderastenregierung

„Man hätte unrecht, bei dem Hofe und der Sippe Louis Bonapartes an die Regentschaft oder Ludwig XV. zu erinnern. Denn oft schon hat Frankreich (nach den Worten von Frau Girardin) eine Mätressenregierung erlebt, aber noch nie eine Regierung von männlichen Prostituierten“ (S. 111.)

### Anarchie als unvermeidliche Folge

„Von den widerspruchsvollen Forderungen seiner Situation gefagt, zugleich wie ein Taschenspieler in der Notwendigkeit, durch beständige Ueberraschung die Augen des Publikums auf sich als auf den Ersatzmann Napoleons I. gerichtet zu halten, also jeden Tag einen Staatsstreich im Kleinen zu verrichten, bringt Bonaparte die ganze bürgerliche Wirtschaft in Wirrwarr, ... macht die einen revolutionsgeduldig, die anderen revolutionslustig und erzeugt die Anarchie selbst im Namen der Ordnung, während er zugleich der ganzen Staatsmaschine den Heiligenschein abstreift, sie profaniert, sie zugleich ekelhaft und lächerlich macht.“ (S. 112.)

### Die Bedingungen der neuen Revolution

„Die Februarrevolution (1848) war eine Ueberrumpelung, eine Ueberraschung der alten Gesellschaft und das Volk proklamierte diesen unverhofften Staatsstreich als eine weltgeschichtliche Tat, womit die neue Epoche eröffnet sei. Am 2. Dezember (1851) wird die Februarrevolution gestohlen durch die Volte eines falschen Spielers und was umgeworfen scheint, ist nicht mehr die Monarchie, es sind die liberalen Konzessionen, die ihr durch jahrhundertelange Kämpfe abgetrotzt waren. Statt daß die Gesellschaft selbst sich einen neuen Inhalt erobert hätte, scheint nun der Staat zu seiner ältesten Form zurückgekehrt, zur unverschämten einfachen Herrschaft von Säbel und von Kutte. ... Wie gewonnen, so zerronnen. ... Unter dessen ist die Zwischenzeit nicht unbenutzt vorübergegangen ... Die Gesellschaft scheint jetzt hinter ihren Ausgangspunkt zurückgetreten; in Wahrheit hat sie sich erst den revolutionären Ausgangspunkt zu schaffen, die Situation, die Verhältnisse, die Bedingungen, unter denen allein die moderne Revolution ernsthaft wird!“ (S. 10.)

# Das Ende der Gewerkschaften

## Eine dramatische Unterredung

Im Europa-Verlag, Zürich, erschien soeben das Buch „Deutschland wohin?“ von Lothar Frey. Der Verfasser, der offenbar zur jüngeren Generation der Gewerkschaften gehörte und dem Vorstand des ADGB, nahestand, gibt darin eine Unterredung wieder, die am 5. April zwischen Vorstandsmitgliedern des ADGB und Vertretern der NSBO geführt wurde. Diese Unterredung stellt einen der letzten nach Lage der Dinge gänzlich aussichtslosen Versuche dar, durch Verhandlungen und Entgegenkommen die Sache der alten Gewerkschaftskultur von dem siegreich vordringenden Barbarentum zu retten.

Brucker (NSBO) begrüßte besonders Leipart sehr freundschaftlich als seinen „alten Bekannten“ und eröffnete darauf die Sitzung mit etwa folgenden Worten: Wir wollen sehen, ob es Möglichkeiten für eine Verständigung in der Gewerkschaftsfrage gibt. Die NSBO ist im starken Anwachsen begriffen. Die Mitglieder des ADGB zählen nicht mehr, es besteht die Gefahr des Zusammenbrechens der alten Gewerkschaften. Daran haben wir als Nationalsozialisten kein Interesse. Wir wollen im Gegenteil die Einheitsgewerkschaft schaffen. Wir müssen allerdings schnell arbeiten, da sonst die Massen drängen und mancherlei zerstören könnten, das durch Verständigung erhalten bleiben würde.

Leipart erwiderte darauf, daß er zunächst einmal fragen müsse, ob die anwesenden Herren der NSBO auch Arbeiter und Gewerkschafter seien, da er Wert darauf lege, mit seinen Ausführungen verstanden zu werden.

Brucker: Die Herren sind alle Gruppenleiter in der NSBO, und sind über die Gewerkschaftsfrage im Bilde.

Leipart: Sie wissen, daß wir alle Sozialdemokraten sind, die ein Leben lang gekämpft und gelitten haben. Wir stehen zu unseren seitherigen Auffassungen. Ihre Partei hat in der letzten Zeit ehrliche Kämpfer aus unseren Reihen öffentlich herabgewürdigt und diffamiert. Welche Gewähr können Sie uns außer Ihrem ehrlichen Gesicht für eine absolut saubere Behandlung der Besprechung geben?

Brucker: Eine Veröffentlichung wird nur nach gemeinsamer Verständigung erfolgen. Die Besprechung soll aufrichtig und vertraulich geführt werden.

Leipart: Meine Herren, als Deutscher spreche ich zu Ihnen: Sorgen Sie dafür, daß nun endlich die zahlreichen Ueberfälle auf unsere Mitglieder unterbleiben, die drangsaliert, mißhandelt, ja zu Tode geprügelt werden, obwohl sie bisher nur den Arbeitern geholfen haben. Sie haben unser Eigentum zerstört. Noch heute sind 43 Gewerkschaftshäuser besetzt, und damit die Gewerkschaften an der Ausübung ihrer sozialpolitischen Arbeiten gehindert. Sie haben die Absicht, nun auch noch die Gewerkschaften zu zerschlagen (Alle NSBO-Leute: Nein, wir wollen es nicht,

Hugenberg will es). Wenn Adolf Hitler seine erste Rede an das deutsche Volk nach der Regierungsübernahme als Reichskanzler und nicht als Parteimanng gehalten hätte und wenn die nationalsozialistischen Minister, besonders Herr Göring, weniger zur Gewalt aufgefordert hätten, dann hätten die Gewerkschaften auch zu dieser Regierung wie zu jeder vorausgegangenen Regierung gestanden. Wir müssen es ablehnen. Verräter an unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk. Ueber das hier Gesprochene müssen wir mit unseren Verbänden reden, da wir ein auf freiwilliger Grundlage zusammengeschlossener Bund sind. Im übrigen bitte ich noch zu erläutern, wie Sie sich ein Zusammengehen denken, wie die Einheitsorganisation aussehen und wer die Führer sein sollen.

Brucker: Wir werden mit den Gewerkschaftsführern zusammenarbeiten, allerdings werden einzelne Führer ausgeschaltet werden müssen aus Gründen, gegen die wir machtlos sind. Mit Weltanschauungsfragen dürfen sie sich nicht mehr beschäftigen. Unter keinen Umständen kann geduldet werden, daß sie noch eine politische Richtung vertreten. Hirsch-Dunckersche und Christliche Gewerkschaften spielen bei uns keine Rolle mehr, wir gliedern sie in die Freien Gewerkschaften ein. Die NSBO muß die maßgebliche Führung haben. Schuhmann beansprucht die Führung des ADGB. Wir müssen daher Herrn Leipart bitten, zurückzutreten. Das kann alles in Formen geschehen, die keine Verletzung der Person zu bedeuten braucht. Eventuell kann Schuhmann bis auf weiteres als provisorischer Kommissar neben Leipart tätig sein. Wir werden die alten Kämpfer nicht auf die Straße werfen. Für die älteren Führer wird gesorgt werden. Wer sich aber etwas zuschulden kommen ließ, insbesondere Korruption begangen hat, muß raus. Es werden nicht alle Handlungen als Verrat aufgefaßt werden. Es kann für den zukünftigen Stand der Gewerkschaften nicht nützlich sein, wenn sie erobert werden. Unsere Leute aber wollen erobern. Es war für uns nicht leicht, die drängenden Massen zurückzuhalten. Adolf Hitler hat aber selbst verlangt, daß die Gewerkschaften nicht zerstört werden dürfen. Wir sind keine Alltagsmenschen der Agitation, wir wollen keine Abspaltung, sondern den Stamm erhalten. Jeder Arbeiter muß organisiert sein, vielleicht kommt auch der Koalitionszwang. Wir wollen die Seele des Arbeiters erobern und ihn einbauen in den neuen Staat.

Leipart: Haben Sie einen Auftrag von Ihrem Führer? Wagener sagte, daß er von Hitler den Auftrag habe, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Wird Hitler nicht ein Gewerkschaftsgesetz erlassen und damit unsere Verhandlungen von selbst erledigen?

Brucker: Direkten Auftrag haben wir nicht, aber der Führer erwartet von uns, daß

alles von uns im Sinne der neuen Staatsidee erledigt wird. Für die Gewerkschaftsfragen sind wir allein zuständig. Wagener ist nur der Verbindungsmann. Das Gewerkschaftsgesetz kommt. Die Verhandlungen müssen aber trotzdem zu Ende geführt werden. Ein Gewerkschaftskommissar wäre längst eingesetzt worden, wenn nicht das Reichsarbeitsministerium in den Händen des Herrn Seidte und des Stahlhelms wäre. Es ist ein unmögliches Verhältnis, daß die Stahlhelmselbsthilfe mit ihren jetzt höchstens 100.000 Mitgliedern einen so entscheidenden Einfluß hat. Wir, die NSBO, wachsen ins Gigantische. Vor kurzem hatten wir noch 400.000 Mitglieder, innerhalb 14 Tagen sind wir auf eine Million angewachsen. Wir werden überall Länderkommissare einsetzen, vor allem um Uebergriffe gegen die Gewerkschaften zu verhindern, aber auch um den zukünftigen berufsständischen Aufbau vorzubereiten. Wenn wir uns mit dem ADGB geeinigt haben werden, dann wird überall sofort wieder die Ordnung hergestellt sein. Es ist noch nicht überall abgebremst worden, weil unsere Leute noch aktiv sein müssen.

Leipart: Wie wollen Sie die Führung übernehmen? Wollen Sie einfach einen Unbekannten von oben her einsetzen? Glauben Sie, daß die organisierte Arbeiterschaft sich das so einfach gefallen läßt? Wir haben alle als Beitragskassierer und Zeitungsverleiher jahrelang ehrenamtlich Funktionen ausgeübt, uns langsam hinaufgearbeitet und in schweren Kämpfen bewähren müssen. Wir werden von unseren Mitgliedern von Tagung zu Tagung gewählt.

Brucker: Was? Die Führer der Gewerkschaften wählen? Nein! Massenwahl ist Augenblickssache. Der Führer muß bestimmt werden. Die seitherigen Führer können in den Gewerkschaften auch durchaus weiterhin Führer sein. Wer tüchtig ist, wird von uns gebraucht. Z. B. beim Krankenkassenverband mußte ich allen kündigen, aber nicht alle werden entlassen werden. Ich brauche sie ja, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Daß die Gewerkschaftsführer aus den Gewerkschaften und aus demselben Beruf kommen müssen, erkennen wir nicht an. Vorsitzender einer Gewerkschaft kann beispielsweise auch ein Arzt sein. Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern gibt es für die Zukunft nicht mehr. Tarifverträge: nein! Tarife: ja! Der Staat regelt zukünftig Lohn und Preis.

Leipart: Wenn die Gewerkschaften die Löhne und Lebensbedingungen nicht mehr regulieren werden, dann haben sie ihre wichtigste Funktion verloren. Sie sagen, daß die derzeitigen Gewerkschaften verschwinden müßten, weil sie die Erwartungen nicht erfüllen und nichts geleistet hätten. Wissen Sie, wie es vor 50 Jahren ausgesehen hat? Wissen Sie, daß die Arbeiter 14 Stunden schufteten, keine Ferien, kaum einen

Sonntag hatten? Wissen Sie, daß ihre Löhne schlecht, daß sie in Elendshütten hausten, von den Kulturgütern überhaupt ausgeschlossen waren? Da kamen wir und haben die Arbeiter herausgehoben zu dem, was sie heute bedeuten.

Graßmann: Wir haben zu einer Zeit gekämpft, wo es nicht ungefährlich war, für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Der Arbeiterführer muß aus der gleichen sozialen Schicht kommen, wenn er verstanden sein will. Wir haben die gleiche Kinderstube und empfinden den gleichen Druck. Wenn auch der Arbeiter einmal auf den Führer schimpft, er weiß, daß es sein Mann ist, der zu ihm redet, der letztlich doch das Richtige geraten hat.

Fikenscher (NSBO): In unseren Betriebszellen sind alle Beschäftigten gleichberechtigt und gleichverpflichtet: der Redakteur, der Ingenieur und der Arzt neben dem Arbeiter.

Eggert: Wir sprechen in unseren Gewerkschaften unsere eigene Sprache, die uns mit den Arbeitern denken und fühlen läßt. Wenn sie von außen her zu den Arbeitern herangehen wollen, dann werden sie ihn innerlich nie erfassen können. Der Stamm der geschulten Arbeiter wird immer zu uns stehen.

Leuschner: An Ihrem Vorschlag interessiert uns die Einheitsgewerkschaft und Ihre Erklärung, die Gewerkschaften nicht zerschlagen zu wollen. Ob daraus etwas wird, hängt davon ab, ob Sie großzügig sein werden. Jede Unduldsamkeit und jeder Zwang müßte das Gegenteil erreichen. Wir haben die kommunistischen Betriebszellen als Gewerkschaftsschädlinge bekämpft und waren verpflichtet, die nationalsozialistischen Betriebszellen nicht anders zu behandeln. Die Mitglieder Ihrer NSBO sind zum Teil noch unsere Mitglieder.

Nach weiteren kurzen Erklärungen Leiparts und Bruckers wurde die Besprechung abgebrochen. Weitere Verhandlungen waren auch zwecklos, denn schließlich war es die brutale Gewalt, die entschied...

## Volkverräter oder Volksheld?

Die in Bayreuth erscheinende „Bayrische Ortswacht“ bringt aus dem Orte Beidl folgende Korrespondenz:

### Ein Volkverräter!

Unglaublich ist's, jedoch leider zu wahr, daß der Güter und Zimmermann Gerber, aus Leichau, des Volksverrats sich selber angeklagt. Er erklärte öffentlich: Er habe sich in der Wahlliste mit einem „Nein“ eingezeichnet; angeblich, weil er sich einfach nicht umstellen könne.

Vielleicht erkundigt sich einmal ein ausländischer Korrespondent darnach, wie es dem tollkühnen Zimmermann Gerber aus Beidl weiter gegangen ist. Wir wissen nicht, welcher Partei er angehört und fragen auch nicht darnach. Schmutzige Schreiber nennen ihn einen Volkverräter. Die Geschichte wird ihn einen Helden nennen, der die Ehre des Volkes retten half.

## Lehmans Urgroßvater

Ein Feuilleton der „Gazetta Del Popolo“.

Die Italiener tun dem Völkerbund an, was sie Hitler von den Augen absehen können — aber vor dem Rasseimmo der deutschen Erneuerer macht ihr faschistisches Solidaritätsgefühl halt. Die „Gazetta Del Popolo“, Mussolinis Leibblatt, veröffentlicht in seinem Feuilleton folgende dramatische Szene:

Die Bierstube, in der wir uns befinden, hat an diesem Abend mehr Gäste als während der ganzen übrigen Woche. Als ich eintrete, finde ich Herrn Dr. Lehmann schlecht gelaunt vor einem Schoppen Dortmunder und einem Paar Würstchen mit Kartoffelsalat am Tische sitzen. Kurz darauf kommt Schulze mit einem gelben Paket unter dem Arm. Er bestaunt sein Abendessen, nimmt seine Brille ab und beginnt, sie sehr sorgfältig zu putzen. Auch er sieht verstimmt aus. Lehmann sagt:

„Heute ist mir eine nette Geschichte passiert. Stellen Sie sich vor — ich habe entdeckt, daß mein Urgroßvater väterlicherseits Jude war.“

„Was?“

„Es ist nicht daran zu zweifeln, die Dokumente sind vorhanden. Ein hundertprozentiger Jude. Ich, der ich meinen Antisemitismus so laut proklamiert habe... Da bin ich schön heringefallen! Was soll ich jetzt machen?“

„Aber ganz einfach... etwas weniger Lärm!“ antwortete ich ihm sanft.

„Ach, diese Italiener!“ fährt Schulze auf, ein gläubiger Nazi, der seinem Freund zu Hilfe eilt... „Versuchen Sie doch, ihnen das Rasseproblem zu erklären!“

Jetzt bin ich an der Reihe:

„Die Rasse“, sage ich, „interessiert uns Italiener nur sehr schwach. Was bei uns zählt, ist das Volk, aus dem wir nun endlich eine Nation gemacht haben. Die Körpermaße der zwanzig oder dreißig Rassen, die wahrscheinlich die ethnische Zusammensetzung des italienischen Volkes bilden, vielleicht auch die des Ihren...“

„Was, was?“ heulen zu gleicher Zeit Schulze und Lehmann.

„Interessieren mich nicht im geringsten. Langschädel oder Rundschädel, Etrusker oder Lateiner, Kelten oder Dinarier bilden bei uns einen einzigen geschlossenen und mächtigen Granitblock, ein einziges Volk, eine einzige Nation: Italiener! Hut ab!“

„Sie sprechen nicht im Ernst“, unterbricht Schulze, wenn Sie behaupten, das deutsche Volk sei keine einzige, einheitliche, bestimmbare und leicht erkennbare Rasse, eine Rasse...“

„Daß ich nicht lache!“ schrie ich ihn an, „daß ich nicht lache über so viel Dummheit! Die deutsche Rasse eine einheitliche Rasse!... Das ist ja kindisch. Wenn es nicht einmal eine israelitische Rasse gibt!“

„Wie sagen Sie?... Die Juden?“

„Die Juden sind ein Volk, das aus mindestens zwei Rassen gebildet ist, den Sefardim und den Askenazi, aus zwei Rassen, welche sich ihrerseits so vermisch haben...“

„Aber immerhin so erkennbar, so einheitlich...“

„Durchaus nicht einheitlich. Bei den Sefardim, die aus dem Süden kommen, finden Sie verschiedene Mischungen, orientalische, chamtische und selbst nordische...“

„Nordische! Bei den Juden? Sie phantasieren ja!“

„Sie selbst phantasieren! Sie, der...“

In diesem Augenblick einigen wir uns alle darauf, noch eine Halbe zu bestellen.

„Auf ihr Wohl!“...“

„Prosit, Herr Doktor!“

Schulze, der bei alledem ein guter Junge ist, öffnet jetzt das geheimnisvolle gelbe Paket, das eine Abhandlung über europäische Anthropologie von Gunther enthält.

Zwischen anderen Photographien sehe ich ein Bild von Puccini, der als mittelländischer Mensch mit ganz kleinem dinarischen und nordischen Einschlag klassifiziert ist. (Der Verfasser setzt hinter diese Behauptung immerhin ein Fragezeichen.)

„An Hand eines solchen Steckbriefformulars über Schädel- und Backenknochen, Knopf- und Adlernasen, anektieren Sie mit der größten Dreistigkeit — Seite 261 — Gallei, Leonardo, Tizian und Savonarola als nordische Menschen. Behalten Sie Savonarola, wenn Sie auf seine Reformideen Wert legen, aber von den anderen — Finger weg!“

„Also, Sie leugnen die Idee der Rasse, den Begriff...“

„Ich leugne überhaupt nichts. Das ist ein sehr respektabler, vielleicht ein nützlicher Begriff, aber man darf nicht vergessen: der Berg-

bewohner aus dem Tal von Aosta, der keltischer Rasse ist, und der sizilianische Bauer, der vielleicht normannisches Blut hat, haben gemeinsam — die Nation, das heißt, die Sprache, die Gebräuche, die Tradition. Beides sind hundertprozentige Italiener. Ich leugne nicht, daß Ihnen dieser Rassebegriff bei Ihrer nationalen Einigung nützlich ist, aber glauben Sie mir, gewisse Uebertreibungen, z. B. die Verfügungen des Innenministers Frick über die Schulbücher, können Ihnen nur schaden!“

„Welche Uebertreibungen?“

„Etwa die Behauptung, daß der größte Teil der italienischen Bevölkerung Abkömmlinge orientalischer Sklaven seien. Beurteilen Sie selbst, ob solche Einfälle dazu beitragen, die Freundschaftsbände zwischen Deutschland und Italien zu festigen. Aber Schluss damit! Beenden wir die Diskussion, ehe uns die Lust ankommt, uns die Biergläser an den Kopf zu werfen, anstatt das ausgezeichnete Dortmunder darauf zu trinken. —“

Nordischer Langschädel, Prosit, auf Ihr Wohl!“

## SA, SS, Indianer, Tiere usw.

Aus einem Inserat in der „Süddeutschen Sonntagspost“ Nr. 45:

... Mit unseren Gleichformen kann sich jeder seine Bleisoldaten, SA- und SS-Männer, Indianer, Tiere usw. selbst gießen...“

Indianer und Tiere würden sich, wenn sie von dem Angebot erfahren, mit Recht gegen diese Nachbarschaft wehren.

# Sozialismus ist Kapitalismus

## Nationalsozialistische Wirtschaftstheorien

Die Nationalsozialisten versuchen jetzt, ihren politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen auch eine theoretische Grundlage zu geben. Kürzlich hat der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der Reichsleitung der NSDAP, Bernhard Köhler, einen Vortrag über die Stellung des Nationalsozialismus zur Wirtschaft in Frankfurt a. M. gehalten. Der Vortrag wird jetzt in der gleichgeschalteten Gewerkschaftspresse auszugsweise veröffentlicht, und er ist auch als Broschüre unter dem Titel „Das Dritte Reich und der Kapitalismus“ erschienen. Die Schrift, die in einer Massenaufgabe verbreitet wird, gilt als grundlegende Veröffentlichung über die wirtschaftspolitischen Auffassungen des Nationalsozialismus, und sie gewährt auch tatsächlich einen tiefen Einblick in die nationalsozialistischen Vorstellungen über Wirtschaftsführung.

In der Broschüre wendet sich Köhler zunächst an die Arbeitgeber und beginnt mit der Feststellung:

„Das deutsche Volk ist das erste Volk auf der Erde, das sich zum Sozialismus durchgerungen und bekannt hat, zu einem Sozialismus ohne Einschränkung, zu einem Sozialismus von grundlegender Bedeutung und Kraft.“

Nach dieser Behauptung setzt Köhler den Arbeitgebern auseinander, daß der Sozialismus der Nationalsozialisten aber auf keinen Fall etwas zu tun hat mit den bisherigen landläufigen Vorstellungen vom Sozialismus. Vor allem zerstört er etwaige Befürchtungen der Arbeitgeber:

„Sie haben gefragt: wird es mir denn möglich sein, meine Wirtschaft nach den Grundsätzen, die bis jetzt gegolten haben, weiterzuführen, bleiben meine Forderungen bestehen, werde ich das Recht haben, meine Forderungen geltend zu machen? Das war ja ihre erste Sorge, ob die Nationalsozialisten nicht doch so ein bißchen enteignen und verstaatlichen würden.“

Diese Sorge beseligt Köhler gründlich: „Zuerst muß das Recht gesichert sein, die Wirtschaft getrieben werden kann, wir werden es deshalb nicht dulden, daß durch dialektische Versuche das Eigentum als eine Sünde und als Diebstahl hingestellt wird. Wir sind längst über den jüdischen Dreh hinaus, der versucht hat, schon vor 2000 Jahren das Eigentum als einen Diebstahl an der Allgemeinheit zu bezeichnen.“

Für die Besitzenden ist damit noch einmal unterstrichen, was sie durch die bisherige Praxis der Nationalsozialisten schon erfahren haben: Ihre wirtschaftliche Machtstellung wird durch den Nationalsozialismus nicht gefährdet werden! Für den denkenden Menschen bleibt dann freilich die Frage, mit welchem Recht die Nationalsozialisten diese Wirtschaftspolitik als „Sozialismus“ bezeichnen. Köhler geht auch auf diese Frage ein, und er setzt nun seinen Lesern auseinander, daß sie bisher den Kampf für den Sozialismus völlig falsch verstanden haben. Der Kampf um den Sozialismus richtete sich nicht gegen Eigentum und Unternehmerschaft:

„Sie haben sich einreden lassen, daß sie ihr Eigentum und ihr Recht auf Eigentum gegen den Sozialismus verteidigen müßten. Aber in diesen Dingen besteht der Kapitalismus nicht. Kapitalismus bedeutet nicht, daß es ein Kapital gibt, daß mit Kapital gerechnet wird, daß die Grundsätze beachtet werden müssen, die aus der Tatsache Kapital für die Wirtschaftsrechnung sich ergeben. Das ist nur die selbstverständliche und nüchterne Wirtschaftsrechnung. Hier ist ein Kapital im Geschäft und der Wert dieses Kapitals muß richtig eingesetzt werden und zur Auswirkung gelangen.“

So beweist Köhler den Unternehmern, daß sie gar keine Kapitalisten sind, und daß sich daher der sozialistische Kampf der Nationalsozialisten niemals gegen sie wenden könne. Für ihn bedeutet Sozialismus die Sicherung des Eigentumsanspruches der Unternehmer. Selbstverständlich sollen „gewisse Auswüchse“ beseitigt werden, z. B. sollen in Zukunft die Unternehmer davor geschützt werden, daß ihnen von ihrem Vermögen etwas verloren geht:

„Wir sind oft und entschieden für das Recht des Unternehmers eingetreten. Und zwar gerade deshalb, meine Volksgenossen, weil wir Sozialisten sind.“

Nach dieser gründlichen und eindeuti-

gen Beruhigung der Unternehmer vor „sozialistischen Experimenten“ bleibt für Köhler die Aufgabe übrig, auseinanderzusetzen, wie der Sozialismus der Nationalsozialisten vom Standpunkt der Arbeiter aussieht, wie die Nationalsozialisten es fertig bringen wollen, die Forderungen der Arbeiter nach menschenwürdigen Lebensbedingungen und nach Arbeit zu erfüllen, wenn sie den Unternehmern die völlige Freiheit ihres Wirkens als Sozialismus garantieren.

Auch damit wird Köhler fertig. Auf den letzten fünf Seiten der dreißigseitigen Broschüre beschäftigt er sich mit dem Sozialismus der Arbeiter. Zunächst stellt er fest:

„Der Sozialismus besteht nicht einzig und allein in der Lösung der Arbeiterfrage, die seit mehr als einem Jahrhundert lebendig ist.“

Die Arbeiterfrage besteht aber für Köhler nicht in dem Verlangen der Arbeiter nach Existenzsicherheit und nach menschenwürdigen Lebensbedingungen. Nach seiner Meinung handelt es sich im Kampf der Arbeiter nicht um Wohlleben oder Einschränkung, um großen oder geringen Verdienst, sondern es handelt sich um den Anspruch auf gleiche Ehre,

gleiches sittliches Recht und gleichen Wert für die Volksgemeinschaft.

„Daß der eine viel verdient und der andere wenig, daß kann ertragen werden. Nicht das kann den Arbeiter zum Feind der anderen Volksgenossen machen, daß er härter arbeiten muß als ein anderer, auch nicht die Tatsache, daß der Sohn des einen schon mit einem Eigentum anfangen kann, während der Sohn des anderen von Grund auf anfangen muß, sondern das Gefühl, daß er ausgeschlossen sein soll, muß ihn zum Feinde derer machen, die bevorzugt sind. Dies ist die Sünde des Kapitalismus, daß er deutsche Volksgenossen zu Feinden anderer Volksgenossen, daß er deutsche Volksgenossen zu heimatlosen Proletariern im deutschen Vaterland gemacht hat, daß er sie enturzelt hat, so daß sie nicht mehr wissen, was Arbeit heißt.“

Die Ausführungen Köhlers sind sozusagen die theoretische Begründung des Diktats, mit dem Hitler die Revolution abgelassen hat. Die deutschen Arbeiter sind — freilich, ohne daß sie es merken — bereits vom Kapitalismus befreit, für sie besteht der Sozialismus der Nazis darin, daß sie jetzt das Recht haben sollen, sich nur von deutschen Unternehmern ausbeuten oder aushungern zu lassen.

## Sozialpolitik im Dritten Reich

### Schiebermethoden der Deutschen Arbeitsfront

Eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung ist vor kurzem vom Landesarbeitsgericht Frankfurt a. M. gefällt worden: Ein Gewerkschaftssekretär in Frankfurt klagte gegen den Deutschen Arbeitsverband der öffentlichen Betriebe in Berlin, weil er am 29. Juni fristlos gekündigt wurde. Kläger hat zwei Monate nach Übernahme des Verbandes durch die NSBO, unter der neuen Leitung ohne Beanstandung gearbeitet und ist dann vom Deutschen Arbeitsverband, dem Nachfolger des „Gesamtverbandes“ grundlos entlassen worden. Gegenstand der Klage ist die Gehaltszahlung während der Kündigungsfrist. In erster Instanz wurde die Klage vom Arbeitsgericht Frankfurt a. M. abgelehnt. Auch die Berufungsinstanz hat sich am 12. Oktober dieses Urteils zu eigen gemacht (Landesarbeitsgericht Frankfurt 6. 1. S. 67/33 4. A. C. 543/33).

Interessant sind die Gründe der Ablehnung. Die Erklärungen der NSBO-Leitung seien für die Deutsche Arbeitsfront und damit auch für den beklagten Verband unverbindlich, da sie nicht Rechtsnachfolger des ehemaligen „Gesamtverbandes“ sei. Die weitere Begründung muß man im Wortlaut genießen:

„Der Zweck des Gesamtverbandes war seiner geschichtlichen Entstehung nach auf der marxistischen Klassenkampftheorie aufgebaut und erschöpfte sich in der Wahrung der Interessen seiner Mitglieder zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen gegenüber anderen Berufsverbänden und gegenüber dem Unternehmer. Zu seiner Hauptaufgabe gehörte der Abschluß von Tarifverträgen. Der beklagte Verband dagegen gliedert sich in die gesamte Deutsche Arbeitsfront ein, die neben der Angestellten- und Arbeiterbewegung die Säule der Unternehmer mit umfaßt und ein organisches Glied im ständischen Aufbau ist. Er strebt nach einer innerschichtlichen Zusammenfassung sämtlicher Arbeitskräfte des gleichen Wirtschaftsstandes und damit nach einer öffentlich-rechtlichen Korporation hin. Der Abschluß von Tarifverträgen ist nicht seine Sache, sondern Sache der Treuhänder der Arbeit.“

Wohl seien der Mitgliederbestand, die äußere Organisation und die Einrichtung des Gesamtverbandes praktisch in den beklagten Verband aufgegangen, dem Wesen nach sei aber ein „neues Rechtssubjekt“ geschaffen worden. Auch eine vermögensrechtliche Nachfolge liege nicht vor, da die Beschlagnahme des Vermögens der Freien Gewerkschaften nur zu Sicherungszwecken erfolgte, und dieses Vermögen jetzt von der Deutschen Arbeitsfront als „Treuhänder“ verwaltet werde, der dem Staat gegenüber verantwortlich sei.

Es ergibt sich demnach folgende Sachlage: Mitgliederbestand, Organisation und

Einrichtung des aufgelösten Verbandes werden zwar in den neuen Verband übergeführt, dieser aber erklärt, er sei etwas „völlig Neues“, und lehnt die Übernahme der gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den entlassenen Angestellten ab. Auch das gestohlene Vermögen des alten Verbandes wird als „Staatsvermögen“ getarnt, um es vor jedem Zugriff zu sichern. Das sind Praktiken, die nur in den raffiniertesten Schieberprozessen angewandt werden, hier aber vom Landesarbeitsgericht selbst, das sich zum Sachwalter der Schiebung gemacht hat, als Recht erklärt werden.

Darüber hinaus ist die Feststellung des Gerichtes von Bedeutung, daß die Freien Gewerkschaften, aufgebaut auf der marxistischen Klassenkampftheorie, für „bessere Arbeitsbedingungen“ ihrer Mitglieder gegen die Unternehmer kämpften, während die Verbände der Deutschen Arbeitsfront gemeinsam mit den Unternehmern nur eine „innungssähnliche Zusammenfassung sämtlicher Arbeitskräfte“ anstreben, d. h. praktisch vor den Unternehmern kapitulieren. Diese Feststellung muß man sich merken.

## Göbbels Millionen

### Steuergelder für Propaganda.

Deutschland ist bettelarm. Es kann seine Zinsen an das Ausland nicht bezahlen, seine Arbeitslosen müssen hungern, da die Gelder für eine ausreichende Unterstützung nicht mehr aufgebracht werden können.

Trotzdem ist Geld genug vorhanden, allerdings für ganz andere Zwecke. Früher hat die Luftflotte Deutschland 40 Millionen gekostet. In diesem Jahr werden 70 Millionen dafür ausgegeben.

Noch mehr Geld aber ist vorhanden für die Propaganda. Aus allen Teilen der Welt kommen Nachrichten, daß die deutschen Agenten heberhaft tätig sind, daß sie Zeitungen ankaufen und bestechen, daß sie in jeder Weise mit Geld um sich werfen. Das alles sind Mittel, die die deutschen Steuerzahler aufgebracht haben und die dem Propagandaminister Göbbels zur Verfügung gestellt worden sind.

Um welche Summen es sich dabei handelt, läßt sich annähernd, wenn auch nicht vollständig aus dem Reichsetat für 1933 ersehen. Für die Inlandspropaganda sind danach 2.300.000 Mark zur Verfügung gestellt. Bisher hat es einen solchen Etat überhaupt nicht gegeben. Und man erinnere sich, welche wüste Verleumdungskampagne gerade Herr Göbbels gegen die preußische Regierung inszenierte, als sie im Jahre 1932 für die Reichspräsidentenwahl Steuermittel zur Verfügung stellte.

Für die Förderung des Nachrichtenwesens enthält der Reichsetat für 1933 den Betrag

von 7 Millionen. In früheren Jahren ist man mit einer Summe von 1,9 Millionen ausgekommen.

Die wichtigsten Einnahmequellen des Herrn Göbbels aber müssen die Rundfunkhörer beschaffen. Sie verlangen seit Jahr und Tag eine Ermäßigung der überhöhten Gebühren. Früher waren es die Nazis, die am meisten geschimpft haben, daß die Post durch die Benützung des Rundfunk Uberschüsse erzielt. Seitdem Herr Göbbels an der Macht ist, ist diese Kritik vollkommen verstummt. Die Uberschüsse aus dem Rundfunk fließen jetzt nämlich dem Propaganda-Ministerium zu. Nach dem Reichsetat sind das 10,6 Millionen Mark. Das ist aber nicht im entferntesten der wirkliche Uberschuß. Bei einer Hörerzahl von 4,5 Millionen Hörern und einer Gebühr von 24 Mark jährlich beträgt die Gesamteinnahme des Rundfunks 108 Millionen Mark. Davon verbleiben dem Rundfunk 55 Proz. und der Reichspost 45 Prozent, das sind 48,6 Millionen Mark. Mehr als die Hälfte dieses Betrages ist tatsächlich Uberschuß. Diese Summe, und nicht 10,6 Millionen geht an Göbbels.

Insgesamt stehen also Herrn Göbbels für Propagandazwecke mindestens 35 Millionen zur Verfügung, wahrscheinlich aber noch viel mehr!

## So leben sie ...

Wer die Volksreden der deutschen Regierungshäuptlinge hört oder liest, muß annehmen, diese treusorgenden Väter der Armen seien im Privatleben anspruchslos und bescheiden wie die alten Spartaner am Eintopfsonntag. Und der „Berliner Herold“, der gern ein bißchen schwätzt, bestätigt das denn auch:

„Am Sonntag hatte der Vizekanzler von Papen seinen 56. Geburtstag ... Er ging also am Sonnabend mit den Seinen zu Max Hansen ins „Bezaubernde Fräulein“, wo er herzlich lachte und hinterher ging man auf einen Ball. Der Vizekanzler, der ein begeisterter Sportsmann ist, erschien mit den Seinen knapp vor Mitternacht auf dem großen Ball des Tennisclubs „Blauweiß“ im Esplanade. Da die Zeitungen schon am Tage vorher die Tatsache seines Geburtstags ausgeplaudert hatten, sprach sich seine Anwesenheit schnell herum, punkt zwölf Uhr schmetterte die Kapelle einen Tusch, aus allen Sälen des Esplanade brach aus tausend Kehlen ein donnerndes Hoch aus. Als erster gratulierte von Papens Kollege aus dem Kabinett, der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt ... Ehrenpräsident des Clubs „Blauweiß“ ist Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg. Eine vornehme Geselligkeit herrschte an diesem Abend ... Unter den Anwesenden sah man auch den Polizeigeneral Daluge, der Chef der Geheimen Staatspolizei Dr. Diehls, in der Stahlhelmmuniform Prinz Eitel Friedrich, in der SS-Uniform seinen Neffen, den Prinzen Wilhelm von Braunschweig.“

Im „Esplanade“ zu Berlin pflegt man gewöhnlich Wassersuppe zu essen. Trotzdem soll es nicht nur Herrn von Papen, sondern auch dem Polizeigeneral Daluge und dem Chef der Geheimen Staatspolizei Dr. Diehls ausgezeichnet geschmeckt haben. Warum auch nicht? Was sollte ihnen den Appetit verderben? Blut sehen sie alle Tage, daran haben sie sich gewöhnt, und in die Klänge der schmissigen Tanzmusik mischten sich nicht die Schreie der — unter ihrem Kommando — Gefolterten. „Stark im Ertragen alle Opfer“ — so will Hitler den deutschen Mann. Und so ertragen sie denn ihre Opfer mit größtem Gleichmut.

## Lohn für jüdische Hitlerwähler

Die „Reichsvertretung deutscher Juden“, der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ hatten bekanntlich an die deutschen Juden die Parole ausgegeben, am 12. November für die Regierung Hitlers zu stimmen. Wir wollen glauben, daß es sich um eine mit vorgehaltenem Revolver erzwungene Infamie handelt. Sie findet ihresgleichen nur in der Bestialität, daß eine Mutter gezwungen wird, bei der Tötung ihrer Kinder Hilfsdienste zu leisten!

Am 9. November gab das Presseamt des Polizeipräsidenten Dortmunds bekannt, daß „künftig alle Personen, die mit Juden verkehren, verhaftet werden, damit sie sich über die Schwere des Vergehens Rechenschaft geben können“.

— und sofern es Herrn Hitler gefallen wird, noch einmal ein derartiges „Plebizit“ zu veranstalten, werden die deutschen Juden wieder aufgefordert werden, für ihren Henker zu stimmen!

# Der heidnische Kalender

## „Gottlosenbewegung“ von rechts!

Der Krach unter den Christen des Dritten Reiches geht unentwegt und sozusagen logisch weiter. Die Radikalsten der neuen „Deutschen Christen“ nähern sich bereits den Art- und Wotanschriften (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Glaubensbewegung) und ihr Berliner Teil fordert von der Kirche unarmherzige Anwendung des Arterparagraphe.

### Ausmerzung des Kreuzifixes,

des gesamten Alten Testaments und der „aber-gläubischen Teile“ des Neuen Testaments. Der nordische Geist müsse siegen über orientalischen Materialismus.

Etwas 3000 evangelische Pfarrer haben bereits mit großer Entrüstung gegen dieses Eindringen des Heidentums in die christliche Gemeinschaft von der Kanzel aus protestiert und ihrer Ehrfurcht vor dem Alten und Neuen Testament Ausdruck gegeben. Diese Bibeltreue der evangelischen Kirche hat dagegen die Studentenschaft von Kiel nicht abgehalten, einen Vortrag des nationalsozialistischen Rassen-theoretikers Dr. Wilhelm Stapel abzulehnen, der sich mit dem Thema „Christentum und Deutschtum“ beschäftigten und die Vereinbarkeit der beiden Begriffe dargut wollte. Die Hakenkreuzjüngelchen und mit ihnen einige Dozenten stellten sich auf den Standpunkt, daß die beiden Faktoren nicht vereinbar seien und brachen so eine Lanze für den Wotansglauben. In der Studentenversammlung stellte ein Redner fest,

daß Christus, wenn er heute noch lebte, nicht einmal als Pastor amtieren könnte.

Da auch die Nazibehörden dem Drängen der akademischen Säuglinge nachgaben, wurde der Vortrag verboten. In verschiedenen Städten Deutschlands darf also schon nicht mehr über das Christentum geredet werden.

Für die Wotanschriften setzt sich auch die vom Reichsjugendführer herausgegebene Zeitschrift „Der Deutsche Sturmtrupp“ ein. Sie beruft sich dabei auf Hitlers Rede zum Nürnberger Parteitag. Das katholische Kirchenblatt für das Bistum Berlin riskiert deshalb eine scharfe Lippe, nennt diese Bewegung

„Neuhelidentum in der Form eines vollendeten Atheismus“.

Im Interesse der katholischen Jugend, die auch dem Reichsführer Baldur von Schirach unterstellt sei, müsse gefragt werden, „ob die verantwortlichen Leiter des Staates diese Werbetätigkeit für die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Glaubensbewegung unter der deutschen Jugend billigen“. Noch schärfer wendet sich das katholische Blatt gegen den im Verlag der Deutschen Arbeitsfront erschienenen „Kalender der deutschen Arbeiter“ und klagt:

Die Auflage dieses Kalenders beträgt vier Millionen Stück. Da der Kalender demnach an die Türen der katholischen Arbeiterwohnungen kommen wird, muß es erlaubt sein, vom katholischen Standpunkt aus freimütig Stellung zu nehmen. Das Kalendarium weist eine Besonderheit auf, an der man nicht achtlos vorbeigehen kann. Den Kalendertagen sind nicht mehr, wie es christlicher Ueberlieferung entspricht, die Gedenkenamen des christlichen Kalenders beigelegt, sondern teils die Namen der Männer, die im Kampfe für die nationalsozialistische Bewegung gefallen sind, teils altgermanische Namen. Man hat den alter christlicher Tradition entsprechenden, seit Jahrhunderten allgemein gebräuchlichen Heiligenkalender weggelassen und an seine Stelle die Märtyrer der nationalsozialistischen Bewegung sowie altgermanische Namen gesetzt.

Diese Konkurrenz, die anerkannte Heilige jetzt mit verdächtigen Individuen von Horst Wessel bis zu den erprobtesten Fememördern aufnehmen müssen, wird auch die evangelische Kirche nicht kalt lassen können. Zumal der Kalender vor dem in allen offiziellen Geschichtsbüchern als christlichen Vorkämpfer gefeierten Karl dem Großen nicht Halt macht. Da wird über die Bekehrung der deutschen Stämme zum Christentum verlautbart:

„Karl der Große sieht seine Aufgabe darin, Germanien zu dem neuen Glauben zu bekehren. Mit Feuer und Schwert, Folterung und Todesstrafe, Zerstörung und Verschleppung der Heiligtümer wird der alte Glaube, das Erbe der Väter, ausgerottet. Karl aber wird vom Papst aus Dankbarkeit für seine überzeugenden Leistungen in Rom zum Kaiser gekrönt.“

Wer zu Wotan zurück will, darf den Vernichter der wotansgläubigen Sachsen nicht schonen, so daß also im Dritten Reich die Kirchenväter alle Hände voll zu tun haben, um die bisher gültige Kirchengeschichte vor

altbarbarischer Gleichschaltung zu bewahren. Wenn das genannte katholische Kirchenblatt zu diesem Wirrwarr sagt, der Gottlosenrummel gehe „an die Fundamente jeglichen Christentums wie die Gottlosenbewegung“, so irrt es allerdings nicht wenig. Die Freidenker aller Richtungen fordern eine auf praktische Menschenliebe gegründete Menschheitsgemeinschaft, gehen also auf die Wurzeln des

Urchristentums zurück. Die höchsten Gebote des christlichen Religionsstifters sind auf ihrer Seite, während die neuen deutschen Art- und Wotanschriften einen Mordkult predigen, eine Schwertreligion fordern, die im schärfsten Gegensatz zu allen christlichen Geboten steht. Mag sich die christliche Kirche bei jenem Pfaffenrummel bedanken, das diese Bewegung mit großgepöppelt hat!

## Welche Wendung durch große Schiebung!

### Deutsche Männer unter sich — oder an ihren Worten sollt ihr sie erkennen

Wie nicht anders zu erwarten war, hallen jetzt die treudeutschen Lande wider von Lob- und Preisgesängen auf „den herrlichen Sieg des Führers“, der an solcher Front den „Gegner niedergeworfen und niedergezwungen hat“! An der Volks-Front! (Denn ohne „Front“ tut man's ja heute nicht mehr in Deutschland.)

Auch der „getreue Ekkehard des deutschen Volkes“, Hindenburg, hat diesmal gesagt, was er der Stunde schuldet. Ueber alle deutschen Sender hat er seinen Kanzler gelobt. Es waren wieder einmal goldene Hindenburg-Worte, die den bisherigen anzureihen sind:

„Ich schwöre, daß ich ... die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahre, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen Jedermann üben werde.“

... und darauf habe ich mich durch mein feierliches Manneswort soeben verpflichtet.“

Reichspräsident von Hindenburg im Mai 1925 bei seiner Vereidigung und in seiner Ansprache an den Reichspräsidenten Löbe.

„Die sogenannte nationale Opposition, die vorgibt ...“

Hindenburg bei seinem Rundfunk-Appell an das deutsche Volk vor der Präsidentschaftswahl im März 1932.

„Heute regieren nicht Lämmer, sondern Männer!“

Reichspräsident von Hindenburg, Februar 1932, als bei seinem Besuch in Ost-Preußen SA-Leute demonstrierten.

„Die Treue ist das Mark der Ehre!“

Hindenburgs Mahnspruch für die Präsidentschaftswahl 1932.

„Höchstens Postminister könnte er werden, der böhmische Gefreite ...“

Hindenburg nach dem Empfang Hitlers im August 1932.

„Dank der mutigen, zielbewußten und kraftvollen Führung des am 30. Januar von mir berufenen Reichskanzlers Hitler und seiner Mitarbeiter hat Deutschland sich selbst wie-

dergefunden und die Kraft gewonnen, den Weg zu beschreiten, den ihm seine nationale Ehre und seine Zukunft vorschreiben.“

Hindenburg in seiner Rundfunkrede am 11. November 1933.

Es wäre eine unerhörte Zumutung für einen deutschen Ehrenmann von der Art Papens (der doch bekanntlich den Ehrbegriff für das deutsche Volk erst wiederentdeckt hat) gewesen, daß er vor dem Retter der deutschen Ehre nicht auch seine Stimme erheben soll. Ja, ein Jahr vermag sehr viel zu ändern, es vermochte aus einem öffentlich der Lüge und Unwahrhaftigkeit gezeihen „Kameraden der Potempa-Mörder“ eine für die deutsche Walhalla reife Heldengestalt zu machen. Geben wir Papen selbst das Wort:

„Die Reichsregierung stellt in aller Öffentlichkeit fest, daß Herr Hitler unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit die Interessen des deutschen Volkes auf das schwerste zu schädigen. Das Urteil über das Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke.“

Amfliche Erklärung des Kabinetts Papen vom 21. Oktober 1932.

Papen und Konsorten haben es nicht dem deutschen Volke überlassen, sondern haben das deutsche Volk diesem Hitler überlassen, der es am 12. Oktober mit vorgehaltenem Revolver und mit allen raffinierten Erpresser-Methoden an die Wahlurne getrieben hat. Dafür sprach zu Hitler sein Papen:

„In neun Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen. Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt. In diesem Sinne ist das Kabinett glücklich, in einer solchen

MAX KLINGER:

## Volk in Ketten

### DEUTSCHLANDS WEG INS CHAOS

Dies Buch ist die erste umfassende Darstellung der Entstehung des „Dritten Reiches“. Es schildert auf knappem Raum — 104 Seiten —:

- wie Schleicher von dem Dreifund Großgrundbesitz, Schwerindustrie und NSDAP gestürzt wurde,
- daß die „Erhebung der Nation in Wahrheit ein Kampf um die Rettung des Privateigentums war“,
- daß ein Kampf Reichswehr kontra Reichswehr dicht bevorstand,
- daß Hugenberg die Nazis führen wollte, aber der Genasführte wurde,
- das System Göring: Fesselung des alten Staatsapparates und systematische Entfesselung des SA-Terrors,
- die Folterstätten der SA und SS,
- die Methoden der Judenbekämpfung,
- die Siegesfeste der Gegenrevolution,
- das Ende des Rechtsstaates,
- die Haltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

So formt sich aus den 12 Kapiteln dieses Buches das Bild des großen „Zuchthauses Deutschland“, das die Schrift von Klinger in seiner ganzen Ensetzlichkeit enthüllt.

Das Buch erscheint in etwa zehn Tagen! Wir erwarten Ihre Vorbestellung. — Preis K 12.—, direkt an den Verlag „Graphia“, Karlsbad, Kantstraße.

Stunde unter ihrer Führung für Deutschland arbeiten zu dürfen.

Vizekanzler von Papen, in seiner Ansprache an Hitler zu Beginn der Kabinetts-Sitzung am 13. November 1933.

Es ist selbstverständlich, daß in einem Kreis solcher Edelige auch ein Ley nicht fehlen darf. Damit der Humor in dieser deutschen Tragikomödie voll zu seinem Rechte kommt, hat der „Führer der deutschen Arbeits-Front“ am Tage nach der Wahl eine Kundgebung an „seine Arbeiter“ erlassen, in der er sich folgenden Satz leistete:

„Ihr habt immer Adolf Hitler die Jahre Eurer marxistischen Verirrung abblitzen wollen, habt Dank für Eure Anständigkeit!“

Wie huldrich ist doch ER, der Führer, daß er dieser Abbitte auch Gehör geschenkt hat!

Waldemar Grimm.

## Neu-Byzanz!

„Die Ich rief, die Geister ...“

Herr Wilhelm Stapel, einer der eifrigsten Propheten des Dritten Reiches, wettet im „Deutschen Volkstum“ über „Kriechertum und Angstmeierei“:

„Die seelische Reaktion des Spießers auf die Gewalt überindividueller Mächte, die über ihn dahinbraußen, pflegt zu sein: Aengstlichkeit, Sich-Ducken und Plöschgeben. Damit kommt er überall durch die Welt und durch jede Revolution.“

Eiligst suchte der Spießer auf dem Parteibüro ein Loch, durch das er in die Partei hineinschleichen könnte ... Durch Aeußerlichkeiten schmust er sich an die heran die Macht haben, um innerlich zu bleiben, was er war, ist und ... sein wird ... Aufmerksam späht er nach dem Munde derer, die sein Schicksal (!) sind. Keinen Gedanken wagt er mehr von sich zu geben, ohne sie durch irgend ein Zitat von Hitler, Göring, Göbbels usw. zu sichern ... Ganz besonders devot erfolgt das Zitat dann, wenn der Spießer es als Deckung für seine eigene andere Meinung benutzt, die er nicht klar auszusprechen wagt.

Spießel wird einem vor diesem Neu-Byzantinismus des ewigen Spießers.“

Ganz unsere Meinung! Aber dieser Nebyzantinismus, dieses Kriechertum, diese Angstmeierei sind die unvermeidlichen Folgen eines Systems, das die Freiheit gemordet, den Geist in Fesseln geschlagen, die aufrechten Männer und Frauen in die Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt oder ins Exil gejagt hat! Wer das mit gefördert hat, darf sich über die Folgen nicht beklagen.

## Blick in die Naziseele

Die braune Geistigkeit in Selbstzeugnissen.

Wir erhielten den folgenden anonymen Brief:

Durch Zufall bekomme ich ein Exemplar Ihrer Schmierzeitung zu lesen, für deren Inhalt Sie als Herausgeber verantwortlich sind, wie ja wahrscheinlich der Inhalt überhaupt zum vorwiegenden Teil Ihr Geistesprodukt sein dürfte. Zunächst mal eine Frage werter Herr: Sie sind doch ganz zweifellos einer von denjenigen Lumpen, denen bei Erhebung des Dritten Reiches der Hosenboden gebrannt hat, weil Sie wußten, was Ihnen, wenn Sie geschlappet werden sollten, für Ihre Gaunerleien blüht. Hätten Sie ein reines Gewissen gehabt, dann hätten Sie ja garnicht nötig gehabt das Feld zu räumen. Oder glauben Sie vielleicht, daß das neue Deutschland für Leute Ihres Schlages, die mit den verwerflichsten und allgemeinsten Mitteln versuchen die Volksseele zu vergiften, noch Extra-Prämien zahlen wird? Ihre Gesinnungs- und Denkmuster stammen bestimmt nicht von gestern und heute, sondern solcher Dreck ist angeboren und ganz zweifellos vor der Umstellung im Reich unter dem Schutze gleichgesinnter Lumpen in Deutschland von Ihnen ausgeht worden.

Erbauen können sich an der Lektüre eines solchen Schmierwisches (der Ausdruck Zeitung oder Wochenblatt paßt für alles andere, bloß nicht für ein von unten bis oben mit Dreck besudeltes Blatt, vor dem, wollte man sich damit den Hintern abwischen, selbst der Kot streuben würde) nur Leute Ihres Schlages. Glauben Sie denn im Ernst, Sie Vollblut-Idiot, daß es außer Ihnen, auch außerhalb der Reichsgrenzen, wirklich Leute gibt, die solche aus den Fingerspitzen gesogenen, faustdicken Lügen glauben könnten? Es ist natürlich sehr leicht aus dem Hinterhalt, wo man solches Lumpengesindel nicht fassen kann, eine derartige Schmäb- und Hetzpropaganda in Szene zu setzen. Aber gerade diese Hinterhältigkeit ist ja bezeichnend für eine solche Giftkanalle. Wie Sie eine sind Leute mit dem zehnten Teil Ihrer verseuchten Spazengehirn-Substanz riechen dem Braten doch schon von Weitem. Oder bilden Sie Bananen-Affe sich etwa ein, daß es auf dem ganzen Erdenrund außer Ihnen und Ihrer Sippe noch jemand geben könnte, der solche Schweinsgehirn-Gedankengänge für Ernst nehmen könnte?

Alles was Sie da hinschmierern, von Anfang bis Ende erfolgen und verlassen. Aber verlassen Sie sich darauf, es gibt noch eine Gerechtigkeit, und wenn es nicht gelingen sollte, Sie doch einmal am Kragen zu fassen, obwohl sich so leicht niemand finden wird, der sich an einem Dreckschmier die Finger beschmierern will, so wird Ihnen ganz bestimmt einmal beim Diktat erneuter Schmäb- und Lügenartikel das Schandmaul stehen bleiben, so daß Sie weder gix noch gax mehr sagen können und bei offenem Maul elend verhungern müssen. Es ist mein dringender Wunsch, daß Sie diese Zuschrift unverkürzt in Ihrer Schmierzeitung veröffentlichen, damit Sie Ihre Gesinnungsgenossen ob Ihres Märtyrertums entsprechend bedauern können. Einer für Alle.